

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werthätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

(Telephon Nr. 928.)

Telephon Nr. 928.)

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich (außer am Sonn- und Feiertag) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mr. 1,50. Monatlich 55 Pf. Postzeitungsliste Nr. 4088 a. 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierseitige Zeitung 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Insätze für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 104.

Dienstag den 6. Mai 1902.

9. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Die freisinnige Prinzen-Kandidatur.

Die von den lübschen freisinnigen Volksparteilern geplante Aufstellung des Prinzen Heinrich als gemeinsamen Kandidaten des Bürgerthums für die kommende Reichstagswahl wird in der Presse allgemein mit Spott und Hohn für die „Umweltwegen“ aufgenommen, und zwar in der gesammten Presse ohne Unterschied der Partei. Um höchstens sind sogar die Bemerkungen der freisinnigen Presse selbst. So nennt z. B. die „Berl. Btg.“, ein gut freisinniges Blatt, den Wienandschen Vorschlag schlankweg eine — „Fäte ride“; hoffentlich werde der Wink mit dem Zaunpfahl in der „Berl. Btg.“ die Lübecker freisinnigen Wahlaktiver „zur Rasten bringen“. Das „Berl. Tagblatt“, ein der „Eif. Btg.“ völlig wesensgleiches Blatt, hätte natürlich grundsätzlich gegen eine Prinzen-Kandidatur nichts einzutwenden; es hält indessen eine solche Kandidatur, die lediglich den Zollwucherern zu gute kommen müsste, für „unzeitgemäß“ und meint ferner: „Hervorragend begabte Politiker scheinen die in der freisinnigen Volkspartei zu Lübeck maßgebenden Herren nicht zu sein.“

Besonders bitter aber sind die Glossen, welche die auf dem linksten Flügel des Freisinnigen stehende Berliner „Volks Btg.“ zu dem „genialen“ Wienandschen Vorschlage macht. Das Blatt schreibt also:

Wenn die Freisinnigen den Prinzen Heinrich als Kandidaten vorschlagen, so geschieht dies, da sie dessen politische Ansichten über Getreidezölle, Koalitionsrecht der Arbeiter, Sozialpolitik, Finanzreform im Reiche, Handelsverträge, Reform des Strafvollzuges, Polenpolitik, Jesuitenantrag, Diätenantrag und hundert andere politische und wirtschaftliche Probleme jedenfalls nicht kennen, — denn der Prinz hat sich darüber noch nirgends öffentlich ausgelassen —, so geschieht dies, sagen wir, deswegen, weil er ein Prinz ist. Ein Prinz werde, so meinen sie, die Sozialdemokratie um dieser seiner Eigenschaft willen aus dem Felde schlagen.

Dass diese Anschauung in freisinnigen Köpfen Wurzeln fassen und mit großem Ernst öffentlich vorgetragen werden kann, ist für die politische Entwicklung eines gewissen Theiles des freisinnigen Bürgerthums ungemein bezeichnend. Niemand genug wäre ja die Tatsak, mit prinzlichen Kandidaturen den Reichstag von Sozialdemokraten zu „lämbern“, falls sie erfolgreich wäre. Die Sozialdemokraten haben ca. ein halbes Dutzend Mandate inne; man vermutet, daß sie im nächsten Reichstage im Hinblick auf die Zolltarifvorlage noch etwa zwei Dutzend Mandate mehr ihr eigen nennen werden. Nun sind aber an der Hand des Sothaschen Kalenders vier bis sechs Dutzend deutsche Prinzen nicht schwer zu ernennen, die das sozialistischste Bürgerthum überall in den von Sozialdemokraten gefährdeten Wahlkreisen als Kandidaten ausspielen könnte. Damit wäre nach dem Kalkül der Lübecker Freisinnigen die Aussicht gegeben, den Sozialdemokraten den deutschen Reichstag vollständig zu sperren.

„Die Freisinnige Zeitung“ Eugen Richters, die bekanntlich bereits in einer kurzen Notiz die merkwürdige Idee des lübschen Freisinnigs wegwerfend als „unpassenden Scherz“ bezeichnet hatte, kommt in ihrer letzten Nummer nochmals auf den „lächlerischen Einfall“, wie sie den Vorschlag jetzt nennt, ausführlicher zurück und schreibt fürmend:

„Der Einfall würde überhaupt nicht verlaubt sein, wenn nicht der Autor an alle möglichen Zeitungen über diesen seinen geistreichen Gedanken Briefe und Telegramme abgesandt hätte. Vielleicht ist zu diesem Zweck überhaupt nur die Verherrlung gethan. Auf der betreffenden Versammlung stand eine Diskussion oder Beschlusssitzung über Reichstagswahlen gar nicht auf der Tagesordnung. (Häufiglich dieser lübsen Angabe hat man das Richtersche Blatt falsch oder auch bewußt unrichtig unterrichtet. Zu den Beweisen der Tagesblätter auf die bet. Versammlung war ausdrücklich als einziger Broeck derselben angegeben: Beschlussfassung über die Reichstagskandidatur. Red. d. Lüb. Volksb.) Es war die gewöhnliche Generalsversammlung, an die sich eine zwanglose Diskussion klüpfte. In derselben führte zunächst der Vorschlagene Herr Pape aus, er hätte es für unmöglich, daß die Freisinnigen auch nur mit den Nationalliberalen zusammengehen könnten, da der national-historische Verein in Lübeck es nicht nicht einmal für nötig gehalten habe, zum Zolltarif Stellung zu nehmen. Er halte es daher für absolut ausgeschlossen, daß die Freisinnigen den Kandidaten der Nationalliberalen, der derselbe sein wird, der schon bei der vorigen Wahl aufgestellt war, auch zu dem übrigen machen könnten. Nach diesen Ausführungen plagierte Herr Wienandt mit seinem geistreichen Einfall herzogt, möchte aber selbst schon bei jenen Ausführungen hervorheben, daß die „Kaufleute und den Kopf schütteln“. Für solche unqualifizierte Scherze hätte Herr Wienandt besser, daß Forum einer anderen Partei aufzusuchen als das der freisinnigen Volkspartei. Freisinnige Kandidaturen sind freilich heutzutage selbst bei der liberalen Partei nach den Erfahrungen von 1867 nicht mehr gebracht. Den königlichen Prinzen steht bekanntlich gesetzlich ein Sitz im Herrenhaus zu. Aus begreiflichen Gründen aber hat

noch niemals ein Prinz des königlichen Hauses seinen Sitz darunter eingenommen.

Die „Liebenswürdigkeiten“, mit denen hier das Richtersche Blatt Herrn Wienandt überschützt, sind schmerzlich, aber nicht unverhüllt. Es ist sehr wohl möglich, daß Herr Wienandt lediglich deshalb mit seinem genialen Vorschlag in die Wochen gekommen ist, um von sich und seinem Blatte, das ja ohnehin nur noch ein Scheindasein fristet, reden zu machen. Herostratische Gesinnung aber ist in der Redaktion der „Eisenb. Btg.“ nicht gerade unbekannt. Ob schließlich Herr Wienandt den Rath der „Frei. Btg.“ befolgen und das „Forum einer anderen Partei aufzusuchen“ wird, bleibt abzuwarten, um so mehr, als die freisinnige Volkspartei am Orte durchaus nicht so groß ist, um einzelne, so schädigende Kräfte, wie Herr Wienandt eins ist, noch zu verlieren.

Die konservative „Frei. Zeitung“, die die Vertretung eines österreichischen Wahlkreises durch einen Hohenzollernden Prinzen, wie sie durch den Prinzen Friedrich Karl von Preußen ja bereits stattgefunden hat, für ganz in der Ordnung hält, findet eine solche Kandidatur von Freisinnigen Gnaden doch nicht recht angemessen. Sie meint:

„Dass preußische Prinzen in Volksvertretungen gewählt werden, ist ja nicht Neues. Nahm doch sogar der nachmalige König und Kaiser Wilhelm I im Jahre 1848 eine Wahl in die Nationalversammlung an, ohne sich freilich an deren Verhandlungen und Abstimmungen wesentlich zu beteiligen. Und Prinz Albrecht von Preußen, der jüngste Bruder des Königs und Wilhelm I, war Mitglied des Norddeutschen Reichstags. Beide Prinzen schlossen sich der konservativen Fraktion an. Jedenfalls diese Präsidenten können hier nicht zum Vergleich herangezogen werden. Die Wahl der Prinzen Wilhelm und Albrecht war von vorkherin gesichert; ein Wahlgang ging ihr nicht voraus. Anders liegen die Dinge in Lübeck. Einem Prinzen des königl. Hauses den Schädigkeiten der sozialdemokratischen Agitatoren und der Möglichkeit eines Wahl. Misserfolges auszusetzen, ist ein Gedanke, dessen auch ein freisinniger Verein nicht häufig sein sollte.“

Wie man sieht, théilt selbst das konservative Organ die byzantinische Illusion der freisinnigen Mannesseelen nicht, daß ein Prinz sich nur auf den Schild erheben zu lassen brauche, um in die Volks-Bertretung gewählt zu werden.

Die Presse unserer Partei spottet selbsterklärend ebenfalls weidlich über die so gezeichnete Idee unserer Freisinnigen und gibt größtmögliche Auszüge aus unserem Abdero-Artikel wieder. Der „Vorwärts“ urtheilt in ähnlicher Weise wie wir über den originellen freisinnigen Kriegsplan und befürchtet nur, daß schließlich nichts daraus werden wird: „Sonst wäre ein solcher Gegner der Sozialdemokratie nur willkommen.“

Zum Schlusse wollen wir noch wiedergeben, was die „Leipziger Volks Btg.“ über die erlösende Offenbarung der hanseatischen „Republikaner von Gottes Gnaden“ sagt. Also schreibt unser Leipziger Parteidorgan: „Dass der geniale Vorschlag von den Freisinnigen Richterlicher Observanz ausging, die immer noch durch das Odium sich bedrückt fühlen, daß sie, wie Bismarck ihnen einst vorwarf, Kryptorepublikaner, versteckte Republikaner, seien, konnte dessen moralische Wirkung nur erhöhen. Und daß die sensationelle Kandidatur mit dem Argument begründet wurde, man wolle mit ihr die bürgerlichen Elemente gegen die Sozialdemokratie sammeln und dieser das Mandat entreißen, gab dem Vorschlag noch den Geruch ganz spezifischer gesinnungsvoller Weih. Um so betrübender musste es sein, daß bürgerliche Blätter für alle diese Feinheiten des freisinnig-hanseatischen Republikanismus kein Organ hatten. Die raffinakte Huldigung, deren Keim gerade in den Personen und Kreisen lag, von denen sie ausging, wollte nicht verstanden werden; und man war sogar taktlos genug, darauf hinzuweisen, daß ja die Freisinnigen bei der letzten Wahl nur 1706 Stimmen aufgebracht haben, während die Nationalliberalen immerhin 5233 Wähler gemustert hatten. Und die Sozialdemokraten vollends wollten nieberträchtigterweise sich von dieser Kandidatur gar nicht imponieren lassen.“

Und so kam es wohl so weit kommen, daß die projektierte freisinnig-republikanische Sensationskandidatur ebenso erfolglos bleibt, wie die Amerikafahrt des Prinzen Heinrich. Nicht nur unsere Zukunft liegt auf dem Wasser, sondern auch der freisinnige Republikanismus und der freiwillige Monarchismus der Hansestädte!

## Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“)

Berlin, den 3. Mai 1902.

Der Reichstag erledigte am Sonnabend die dritte Beratung des Gesetzentwurfs, der den liegenden Gerichtsstand der Presse bestreiten soll. Unsere Fraktion plante den Entlastungen unserer Redner in der zweiten Beratung entsprechend gegen den Entwurf. Gleichfalls ablehnend verhielten wir uns gegen das Servistarifgesetz, das auch in dritter Lesung angenommen wurde. Dann wurde die erste und zweite Lesung eines Entwurfs vorgenommen, der die Militärdienstleistung der außerhalb Europas wohnenden Reichsangehörigen in der Schutztruppe regelt. In der Hauptfrage

galt der Tag der Fortführung der Verathung des Toleranzantrages des Zentrums. Die Debatte erstreckte sich über die Paragraphen, die die religiöse Erziehung der Kinder regeln wollen. Es gab wieder sehr eingehende Religionsgespräche, bei denen aber nichts Besonderes zu Tage gefordert wurde. Die § 2 und 2a fanden in der Kommissionssatzung Annahme. Danach wird festgesetzt, daß für die Bestimmung des religiösen Bekennisses der Kinder die Vereinbarung der Eltern maßgebend ist, daß aber die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches dann in Kraft treten, wenn eine solche Vereinbarung nicht zu Stande kommt. Bei § 2b, der die zwangsweise Theilnahme von Kindern am Religionsunterricht einer andern Konfession beseitigen will, vertrat Genosse Kuntert unseren Antrag, wonach der Religionsunterricht aus den Schulen überhaupt verbannt werden soll. Die Debatte über den Paragraphen wurde nicht zu Ende geführt, sondern auf Montag vertagt. Außerdem stehen kleinere Vorlagen und der Gesetzentwurf über die Zuckersteuer sowie das Zuckersteuergesetz auf der Tagesordnung.

### 181. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Graf v. Posadowsky, Niebergang.

Der Präsident erbittet und erhält die Ermächtigung, dem Kaiser die Beileidsempfindungen des Reichstags anlässlich des Todes des Prinzen Georg zu übermitteln.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Gesetzentwurfs betr. Änderung des § 7 der Strafprozeßordnung (Fliegende Gerichtsstände).

Lenzmann (FBP) fragt an, ob es nach dem zweiten Satze der Vorlage zulässig ist, daß, wenn der Beileidige Privatklage an seinem Wohnsitz erhoben hat und dann die Staatsanwaltschaft öffentliche Anklage erhebt, auch diese Klage am Orte des Wohnsitzes des Beileidigen erhoben werden kann.

Ernstholt aufwirkt.

Regierungskommissar Geh. Rath v. Tischendorf, daß für den Staatsanwalt nur der Gerichtsstand des Geschäftsortes der Druckschrift in Betracht kommt.

Der Entwurf wird hierauf in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Es folgt die 8. Beratung des Servistarifgesetzes. Dazu beantragen die Abg. v. Waldow und Reichenstein (R) eine Resolution, die den Reichstag erachtet, Erhebungen darüber anstellen zu lassen, welche Mehrkosten entstehen würden, falls der bei Unterbringung von Truppen außerhalb der Garnison zu zahlende Natural-Quartier Servis künftig auch in den Orten nach der II. und III. Klasse berechnet würde, die sich jetzt in den Servisklassen IV oder V befinden.

Die Abg. Eichhoff (FBP) und Dr. Hahn (B. d. L.) erklären ihre Zustimmung zu der Resolution.

Hofmann-Dillenburg (NL) betont nochmals die Notwendigkeit einer besonderen Regelung des Wohnungsgeldabzuges.

Crimbörn (S): Es ist für die Regierung verhängnisvoll geworden, daß sie bei ihren Erhebungen vor der Klasse A geblieben ist. Hätte sie sich mit dieser Klasse beschäftigt, so hätte sie sich überzeugt, daß auch Cöln (Adr) sagt unter großer Güterkeit das Haus „Böller“ Leipzig und Breslau in die Klasse A gehören.

Damit schließt die Diskussion.

Der Entwurf wird in der Gesamtabstimmung angenommen (gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen). Ebenso wird die Resolution Waldow-Reichenstein angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend militärische Dienstleistungen im Auslande, welcher sagt, daß durch kaiserliche Verordnung bestimmt wird, unter welchen Bedingungen Reichsangehörige außerhalb Europas bei den Schutztruppen ihrer aktiver Dienstpflicht Gefüge leisten können.

Die Vorlage wird in erster und in zweiter Lesung angenommen.

Hierauf wird die zweite Beratung des Entwurfs Niebergang die Freiheit der Religionserziehung (Toleranzantrag) bei den §§ 2 und 2a fortgesetzt. § 2 sagt, daß für die Bestimmung des religiösen Bekennisses die Vereinbarung der Eltern maßgebend ist und § 2a bestimmt weiter, daß in Erweiterung einer solchen Vereinbarung die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches gelten sollen. Ein Antrag Dr. Oertel will in § 2a bestimmen, daß in Erweiterung der Vereinbarung der Eltern für die religiöse Erziehung des Kindes die landesrechtlichen Vorschriften desjenigen Bundesstaates maßgebend sein sollen, in dessen Bezirk der Mann bei Eingang der Ehe seinen Wohnsitz hatte. Ein Antrag Schröder (FBP) will für die religiöse Erziehung ausschließlich die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches gelten lassen.

Graf v. Berstoff von Laurenburg (R) beantragt, die Vorschriften über religiöse Erziehung zu kreieren und dafür eine Resolution anzunehmen, welche die verschiedenen Regierungen erfordert, dem Reichstag einen Gesetzentwurf über die Regelung der religiösen Erziehung von Kindern aus gemischter Ehe vorzulegen.

Dr. Oertel (R): Mein Antrag bedarf keiner näheren Erläuterung, durch seine Annahme würde dem Bundesrat die Befähigung zu dem ganzen Gebiete wesentlich erleichtert.

Schröder (FBP): Ich halte es für das richtige, die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches auch auf diesem Gebiete allgemein in Geltung zu lassen. Die freie Vereinbarung der Eltern muß mit Rücksicht auf die Verhältnisse der katholischen Kirche aufgehoben werden, die namenlich aus einer Menge sehr schwierigen Fällen zieht, wie zum Beispiel die Beziehung der Mission oder Einschluß aus der Kirche. Ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen.

Groß-Berntorff, Banholz, (Abg.) auch aus Haus, hat Resolution anzuhören.

De. Hieber (NB) spricht für den Antrag Schröder und gegen den Antrag Dertel.

Großer (B): Es ist nicht richtig, daß die evangelische Kirche sich Mützen gegenüber anders verhält, wie die katholische. Uns kommt es vor allem auf die Gewissensfreiheit an; wir wollen zunächst die freie Vereinbarung gelten lassen, und ich bitte Sie darum, es bei dem Kommissioneschluß zu lassen.

Kuett (SD): Wir stehen auf dem Boden der Kommissionssitzung und lehnen alle Abänderungsanträge ab. Die Resolution Bernstorff erscheint uns überflüssig. Der Antrag Dertel ist von rein partikularistischen Motiven getragen; der Antrag Schröder würde nur bewirken, daß nichts Zustande kommt. Wir werben an der Kommissionssitzung des § 2 a fortsetzen.

Stodmann (FB): Die Lösung dieser Frage, wie sie die Kommission vorschlägt, gefügt uns nicht, wir werden daher gegen all diese Paragraphen stimmen. Wir sind dafür, daß gesetzlich festgelegt werde, in welchen Voraussetzungen Kinder aus Mützen erzogen werden sollen. Eine einheitliche Regelung dieser Frage halten wir für dringend nötig.

An der weiteren Debatte beteiligen sich die Abg. Dr. Böckem (B), Schröder (FBG), Dr. Hieber (NB). Schrempf (St) erklärt im Namen einer Minderheit seiner Freunde, gegen die Paragraphen stimmen zu wollen.

Damit endet die Diskussion.

§ 2 wird in der Kommissionssitzung angenommen. Der Antrag Schröder wird gegen die Stimmen der Freisinnigen Vereinigung und der Nationalkatholiken abgelehnt, ebenso der Antrag Dertel gegen die Stimmen der Katholiken der Konservativen. Darauf wird § 2 in der Kommissionssitzung angenommen.

§ 2 b bestimmt in der Kommissionssitzung: „Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten darf ein Kind nicht zur Teilnahme an dem Religionsunterricht oder Gottesdiest einer anderen Religionsgemeinschaft angemessen werden, als das in § 2 und § 2 a getroffenen Bestimmungen entspricht (daher natürlich daß Religionsunterricht in § 2 des Kindes durch Bereinigung der Eltern erzielt, auch die Vorlesungen des Bürgerlichen § 1 gedeckt bestimmt wird).“

Dazu liegt ein Antrag Albrecht (SD) u. Stu. vor, in § 2 b den außerkatholischen Fortfall des Religionsunterrichts als Unterliegegegenstand zu bestimmen.

Ein Antrag Schröder will in § 2 b bestimmen, daß ein Kind gegen den Willen der Erziehungsberechtigten nicht zur Teilnahme an einem Religionsunterricht oder Sonderklausur angemessen werden darf.

Dr. v. Chrzanowski (Dof) begründet seinen Antrag.

Die Polen ist die einzige Stadtkirche, in der die Sätze gegegen sie eingesetzt werden; es wäre ungünstig, wenn sie in dieser Sprache der Gewalt bis Religion der Milie und Gerechtigkeit keinen folgen. (Vorfall bei den Polen.)

Dr. Dertel (B): Wir werden den politischen Antrag ablehnen, weil er in die Erziehung der Jugendkinder eingreift.

Ich persönlich bin allerdings der Meinung, daß die Religion grundsätzlich in der Muttersprache gehalten werden darf.

Der Text der Ausschreibungen des Herausforderers schreibt aber das eigene Unterrichten der Polen. Wir müssen gegen den § 2 b und gegen den Antrag Schröder stimmen, weil dadurch die Sätze entfallen, die ein religiöses Gefühl heranreagen.

Ich persönlich aber müßte mir nun zuwenden gegen den außerkatholischen Antrag, der interessant ist, weil er sich auch auf die privaten Schulen erstreckt. Wie wollen denn die Polen die Segnungen der Religion nicht erhalten lassen, die ja die Polen und Polen sind, die ja Spannung einer weiteren Auseinandersetzung hervorrufen kann. (Satz Dertel rechts.)

Kuett (SD): So ist ein alter Klöppelklange, daß der Scheitern zum Unserer führt. Räumen wir Moral für zwei Sätze. Die wahre Moral, die der Christus aufweist: Ihm das Gute um des Guten willen, erkenne auch wir es. Wir wollen aber kein Religionsunterricht in einer Sekundarschule einführen. Das Problem hat sicher auf einem anderen Standpunkt gehandelt. Am 4. März 1901 erließ noch ein Gemeindepfarrer, das Schulamt vom Kollegiumsamt ausgeschlossen werden sollen. Seine jetzige Aussage habe ich ja dagegen einen Fortschritt, aber Grundsätzlich ist jetzt er nicht. Zum Antrag der Polen seien wir natürlich sympathisch gegenüber, ohne daß diese Motive zu eingespielen werden. Wäre der Antrag Schröder an einer Stelle ergraut, so hätte er zu seinem Antrag kommen müssen. Jetzt wird durch seinen Antrag der Gewissensdrang auch nicht befriedigt. Es ist nun wirklich tolerant sein, ja muss man zur Religionsfreiheit in der Schule kommen. Wir wollen die Religion aus dem öffentlichen und Privatschulwesen befreien, weil für diese Kategorien die freie Schule maßgebend ist, und fordern auch, daß die Schule nicht von irgendwelcher Seite angezettelt wird. Das wäre nun zumindest Fortschritt der Weisheit der Schule wesentlich näher bringen. Neben geht auf die Stellung des Abg. Richter hin, dessen jüngerer Standpunkt identisch ist mit dem des Zentrums und der Polen. Als er hierbei Rassismus aus der Konzeption nimmt, wird ihm das vom Konservativen unterstellt. Die Weisung der Religion hat mit der Moral nichts zu tun und der Kontakt der Religionskinder kann nicht ganz unbedingt. Der Religionsunterricht erfordert heute in manchen Schulen 8–10 Stunden wöchentlich, das ist doch eine ganz enorme Belastung. Außerdem greift der Religionsunterricht auch in die oberen Klassen. Wir wollen die treibenden Elemente aus der Schule befreien, die verhindern die Freiheit von Religion und Staat und lehren mehr als Künste es, die nicht alle Gezwungene garantieren. (Satz 6. d. Soz.)

Hiermit wird die Erörterung abgebrochen.

Der Plenarist entscheidet die nächste Sitzung am 1. Mai. Zusammenfassung: 1) Fortsetzung des Frühverhandlungs, 2) 2. Sitzung der Delegierten militärische Dienstleistung in den Reihen, 3) 3. Sitzung der Zulassungsklausur, 4) 4. Sitzung Antrag Schröder.

Am Donnerstag Abg. Böckem (B), der für die Abg. Richter, v. Stu., Schrempf und Dr. v. Chrzanowski spricht, wird an letzter Stelle die Gesamtklausur der Delegierten bestimmt.

Satz 6. d. Soz.

Die Sitzung wird am Freitagabend stattfinden.

Der Sitzung folgt die Sitzung des Frühverhandlungs, 2)

3. Sitzung der Delegierten militärische Dienstleistung in den Reihen, 3) 3. Sitzung der Zulassungsklausur, 4) 4. Sitzung Antrag Schröder.

Am Freitag Abg. Böckem (B), der für die Abg. Richter, v. Stu., Schrempf und Dr. v. Chrzanowski spricht, wird an letzter Stelle die Gesamtklausur der Delegierten bestimmt.

Satz 6. d. Soz.

Die Sitzung wird am Freitagabend stattfinden.

Der Sitzung folgt die Sitzung des Frühverhandlungs, 2)

3. Sitzung der Delegierten militärische Dienstleistung in den Reihen, 3) 3. Sitzung der Zulassungsklausur, 4) 4. Sitzung Antrag Schröder.

Am Freitag Abg. Böckem (B), der für die Abg. Richter, v. Stu., Schrempf und Dr. v. Chrzanowski spricht, wird an letzter Stelle die Gesamtklausur der Delegierten bestimmt.

Satz 6. d. Soz.

Die Sitzung wird am Freitagabend stattfinden.

Der Sitzung folgt die Sitzung des Frühverhandlungs, 2)

3. Sitzung der Delegierten militärische Dienstleistung in den Reihen, 3) 3. Sitzung der Zulassungsklausur, 4) 4. Sitzung Antrag Schröder.

Am Freitag Abg. Böckem (B), der für die Abg. Richter, v. Stu., Schrempf und Dr. v. Chrzanowski spricht, wird an letzter Stelle die Gesamtklausur der Delegierten bestimmt.

Satz 6. d. Soz.

Die Sitzung wird am Freitagabend stattfinden.

Der Sitzung folgt die Sitzung des Frühverhandlungs, 2)

3. Sitzung der Delegierten militärische Dienstleistung in den Reihen, 3) 3. Sitzung der Zulassungsklausur, 4) 4. Sitzung Antrag Schröder.

Am Freitag Abg. Böckem (B), der für die Abg. Richter, v. Stu., Schrempf und Dr. v. Chrzanowski spricht, wird an letzter Stelle die Gesamtklausur der Delegierten bestimmt.

Satz 6. d. Soz.

Die Sitzung wird am Freitagabend stattfinden.

Der Sitzung folgt die Sitzung des Frühverhandlungs, 2)

3. Sitzung der Delegierten militärische Dienstleistung in den Reihen, 3) 3. Sitzung der Zulassungsklausur, 4) 4. Sitzung Antrag Schröder.

Am Freitag Abg. Böckem (B), der für die Abg. Richter, v. Stu., Schrempf und Dr. v. Chrzanowski spricht, wird an letzter Stelle die Gesamtklausur der Delegierten bestimmt.

Satz 6. d. Soz.

Die Sitzung wird am Freitagabend stattfinden.

Der Sitzung folgt die Sitzung des Frühverhandlungs, 2)

3. Sitzung der Delegierten militärische Dienstleistung in den Reihen, 3) 3. Sitzung der Zulassungsklausur, 4) 4. Sitzung Antrag Schröder.

Am Freitag Abg. Böckem (B), der für die Abg. Richter, v. Stu., Schrempf und Dr. v. Chrzanowski spricht, wird an letzter Stelle die Gesamtklausur der Delegierten bestimmt.

Satz 6. d. Soz.

Die Sitzung wird am Freitagabend stattfinden.

Der Sitzung folgt die Sitzung des Frühverhandlungs, 2)

3. Sitzung der Delegierten militärische Dienstleistung in den Reihen, 3) 3. Sitzung der Zulassungsklausur, 4) 4. Sitzung Antrag Schröder.

Am Freitag Abg. Böckem (B), der für die Abg. Richter, v. Stu., Schrempf und Dr. v. Chrzanowski spricht, wird an letzter Stelle die Gesamtklausur der Delegierten bestimmt.

Satz 6. d. Soz.

Die Sitzung wird am Freitagabend stattfinden.

Der Sitzung folgt die Sitzung des Frühverhandlungs, 2)

3. Sitzung der Delegierten militärische Dienstleistung in den Reihen, 3) 3. Sitzung der Zulassungsklausur, 4) 4. Sitzung Antrag Schröder.

Am Freitag Abg. Böckem (B), der für die Abg. Richter, v. Stu., Schrempf und Dr. v. Chrzanowski spricht, wird an letzter Stelle die Gesamtklausur der Delegierten bestimmt.

Satz 6. d. Soz.

Die Sitzung wird am Freitagabend stattfinden.

Der Sitzung folgt die Sitzung des Frühverhandlungs, 2)

3. Sitzung der Delegierten militärische Dienstleistung in den Reihen, 3) 3. Sitzung der Zulassungsklausur, 4) 4. Sitzung Antrag Schröder.

Am Freitag Abg. Böckem (B), der für die Abg. Richter, v. Stu., Schrempf und Dr. v. Chrzanowski spricht, wird an letzter Stelle die Gesamtklausur der Delegierten bestimmt.

Satz 6. d. Soz.

Die Sitzung wird am Freitagabend stattfinden.

Der Sitzung folgt die Sitzung des Frühverhandlungs, 2)

3. Sitzung der Delegierten militärische Dienstleistung in den Reihen, 3) 3. Sitzung der Zulassungsklausur, 4) 4. Sitzung Antrag Schröder.

Am Freitag Abg. Böckem (B), der für die Abg. Richter, v. Stu., Schrempf und Dr. v. Chrzanowski spricht, wird an letzter Stelle die Gesamtklausur der Delegierten bestimmt.

Satz 6. d. Soz.

Die Sitzung wird am Freitagabend stattfinden.

Der Sitzung folgt die Sitzung des Frühverhandlungs, 2)

3. Sitzung der Delegierten militärische Dienstleistung in den Reihen, 3) 3. Sitzung der Zulassungsklausur, 4) 4. Sitzung Antrag Schröder.

Am Freitag Abg. Böckem (B), der für die Abg. Richter, v. Stu., Schrempf und Dr. v. Chrzanowski spricht, wird an letzter Stelle die Gesamtklausur der Delegierten bestimmt.

Satz 6. d. Soz.

Die Sitzung wird am Freitagabend stattfinden.

Der Sitzung folgt die Sitzung des Frühverhandlungs, 2)

3. Sitzung der Delegierten militärische Dienstleistung in den Reihen, 3) 3. Sitzung der Zulassungsklausur, 4) 4. Sitzung Antrag Schröder.

Am Freitag Abg. Böckem (B), der für die Abg. Richter, v. Stu., Schrempf und Dr. v. Chrzanowski spricht, wird an letzter Stelle die Gesamtklausur der Delegierten bestimmt.

Satz 6. d. Soz.

Die Sitzung wird am Freitagabend stattfinden.

Der Sitzung folgt die Sitzung des Frühverhandlungs, 2)

3. Sitzung der Delegierten militärische Dienstleistung in den Reihen, 3) 3. Sitzung der Zulassungsklausur, 4) 4. Sitzung Antrag Schröder.

Am Freitag Abg. Böckem (B), der für die Abg. Richter, v. Stu., Schrempf und Dr. v. Chrzanowski spricht, wird an letzter Stelle die Gesamtklausur der Delegierten bestimmt.

Satz 6. d. Soz.

Die Sitzung wird am Freitagabend stattfinden.

Der Sitzung folgt die Sitzung des Frühverhandlungs, 2)

3. Sitzung der Delegierten militärische Dienstleistung in den Reihen, 3) 3. Sitzung der Zulassungsklausur, 4) 4. Sitzung Antrag Schröder.

Am Freitag Abg. Böckem (B), der für die Abg. Richter, v. Stu., Schrempf und Dr. v. Chrzanowski spricht, wird an letzter Stelle die Gesamtklausur der Delegierten bestimmt.

Satz 6. d. Soz.

Die Sitzung wird am Freitagabend stattfinden.

Der Sitzung folgt die Sitzung des Frühverhandlungs, 2)

3. Sitzung der Delegierten militärische Dienstleistung in den Reihen, 3) 3. Sitzung der Zulassungsklausur, 4) 4. Sitzung Antrag Schröder.

Am Freitag Abg. Böckem (B), der für die Abg. Richter, v. Stu., Schrempf und Dr. v. Chrzanowski spricht, wird an letzter Stelle die Gesamtklausur der Delegierten bestimmt.

Satz 6. d. Soz.

Die Sitzung wird am Freitagabend stattfinden.

Der Sitzung folgt die Sitzung des Frühverhandlungs, 2)

3. Sitzung der Delegierten militärische Dienstleistung in den Reihen, 3) 3. Sitzung der Zulassungsklausur, 4) 4. Sitzung Antrag Schröder.

Am Freitag Abg. Böckem (B), der für die Abg. Richter, v. Stu., Schrempf und Dr. v. Chrzanowski spricht, wird an letzter Stelle die Gesamtklausur der Delegierten bestimmt.

Satz 6. d. Soz.

Die Sitzung wird am Freitagabend stattfinden.

Der Sitzung folgt die Sitzung des Frühverhandlungs, 2)

3. Sitzung der Delegierten militärische Dienstleistung in den Reihen, 3) 3. Sitzung der Zulassungsklausur, 4) 4. Sitzung Antrag Schröder.

Am Freitag Abg. Böckem (B), der für die Abg. Richter, v. Stu., Schrempf und Dr. v. Chrzanowski spricht, wird an letzter Stelle die

Montag, den 5. Mai.

Der Beseitigung der Beamtenkantionen ist man nunmehr auch in Rostock nähergetreten. Künftig soll dort von den anzustellenden Beamten ohne Ausnahme keine Kantion mehr eingefordert werden. — So folgt eine Stadt der anderen; nur in unserer Vaterstadt denkt man ondscheinend in nächster Zeit noch nicht an die Beseitigung der Kantionen, diesem Hemmschuh für intelligente, aber unbemittelte junge Leute.

**Schont die Unlagen!** Dieser Mahnruf muß zur Zeit, da die Saison der Spaziergänge ins Freie und der Landpartien wieder beginnt, laut erschallen, da in manchen Menschen mit dem Frühlings erwachen sich auch der Zerstörungstrieb mehr als sonst geltend zu machen scheint. Natürlich sind es vornehmlich Kinder, denen manches Schöne in die Augen steht und die unbewußt ihre Zerstörung an Wald und Unlagen ausüben. Oft ist es jedoch Boswilligkeit und Gedankenlosigkeit, durch welche den Unlagen Schaden zugefügt wird. Erwachsene, insbesondere Eltern und Lehrer sollten unermüdlich dahin wirken, den Gemeinsinn zu wecken, der stärker wirkt, als Polizeiverordnungen und Androhung von Strafen. Sollen die Unlagen, die zur Erholung und Erfreilung der Besucher errichtet sind, in gutem und zweckmäßigem Zustand erhalten bleiben, so muß auf die Mithilfe aller gerechnet werden. Das gilt nicht nur bezüglich der Gärten und Unlagen im Oste, sondern auch derjenigen auswärts und auch des Waldes.

**Mit der Strandung des Dampfers „Louise Horn“ am 27. April an der Nordspitze von Langeland beschäftigte sich das Seeamt in seiner letzten Sitzung. Das Unglück ereignete sich am hellen Tage, während der zweite Steuermann Witt vom Kapitän mit der Führung des Schiffes betraut war; etwa 1 Stunde vor dem Aufstoß hatte der Kapitän das Kommando abgegeben. Der letzte Befehl des Kapitäns für den am Ruder stehenden Matrosen lautete auf Süd  $\frac{3}{4}$  West-Kurs. Er hatte dem Steuermann, der dieses Fahrwasser nicht kannte, aufgetragen, diesen Kurs beizubehalten. Während nun der Steuermann sich auf kurze Zeit entfernte, um sich in den Karten zu informieren, hat der am Ruder stehende siebzehnjährige Matrose eigenmächtig den Kurs nach Süden hin geändert, trotzdem ihm vom Steuermann die Beibehaltung des alten Kurzes befohlen worden war. Durch diese Veränderung des Kurzes kam der Dampfer den Sandbänken Langelands sehr nahe. Als der Steuermann wieder an Deck kam, fragte er den Matrosen, ob er noch denselben Kurs steuere, was dieser mit Ja beantwortete. Trotz dieser unwahren Behauptung bemerkte der Steuermann sofort die Veränderung; er hielt dieselbe aber ohne Weiteres gut. Unmittelbar darauf erfolgte die Strandung. Erst nach Löschung eines Theiles der Kohlenladung wurde das Schiff wieder flott. Der Reichskommissar rügt das Verhalten des Steuermanns auf das Allerschärfste. Nur dieser allein habe in leichtfertiger Weise die Strandung verschuldet. Auch sei es unverantwortlich, daß seitens des Steuermannes keine Peilungen vorgenommen worden sind. Der Matrose war sich der schweren Verantwortung seiner That nicht bewußt. Der Kommissar hat, dieses Mal noch von einer Patententziehung bei dem Steuermann Abstand zu nehmen; hoffentlich lasse es sich der 24jährige junge Mann zur Warnung dienen. Das Seeamt füllt folgenden Spruch: „Der Unfall ist durch Stromversetzung verursacht. Der zweite Steuermann hat denselben verschuldet dadurch, daß er der Navigierung nicht genügende Aufmerksamkeit geschenkt hat.“**

**Gewerbegericht.** Die am letzten Donnerstag anstehenden Sachen endigten sämtlich zur Zufriedenheit der Parteien. Auf Ausstellung eines ordnungsmäßigen Entlassungsscheines klagte der Giegeleiarbeiter L. gegen den Besitzer E. Ersterer war entlassen worden, ohne daß ihm ein Zeugnis ausgestellt worden war. Beklagter erklärte sich vor dem Gewerbegericht zur Ausstellung eines Zeugnisses bereit. — Zum Niethen wäre in solle der Schiffsbaumeister M. von seinem Meister St. verwendet werden; der Lehrling weigerte sich jedoch, diese Arbeit zu verrichten. Er wurde hierauf entlassen; aus diesem Grunde strengte M. gegen St. Klage auf Wiedereinstellung an. Beklagter erklärte sich bereit, den Kläger wieder einzustellen. — Weil er zu Unrecht entlassen worden war, klagte der Kutscher L. gegen den Restaurateur W. Ersterer ist nach seiner Angabe auf ein Jahr gegen 90 Thlr. Rohn angefeindet worden, was vom Beklagten jedoch bestritten wurde. Letzterer behauptete auch noch, daß der Kläger sehr aufdringlich gegen seine Dienstmädchen gewesen sei und außerdem das Pferd durch Schläge und Stoße mißhandelt habe. Die Parteien einigten sich schließlich auf Zahlung von 12 M.

**Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde.** Eine ziemlich gut besuchte Monatsversammlung erledigte in längerer Besprechung am Sonnabend, den 3. Mai, die zur Beratung stehenden Punkte der Tagesordnung. Wünsche betreffend Ausgestaltung des Licht- und Luftbades im Westoe wurden eine ganze Reihe laut. Soweit die zur Verfügung stehende Summe des Haushaltungsplanes es zuläßt, werden dieselben zur Ausführung gelangen. Eine „Witttheilung“ (Nr. 14) wird den Mitgliedern die Neuordnung des Spielplatzes und die Badetage für Herren und Damen im Luftbade bekannt geben. Wanderungen und Ausflüge werden auch im Laufe dieses Sommers von dem Vereine veranstaltet werden. Auf Antrag des Herrn Schimke wird den maßgebenden Behörden eine Spende unterbreitet werden mit dem Wunsche, die in der neuen Schwimmhalle projektierten Brausebäder für weitere Kreise zugänglich zu machen. Neben Zweck und Bedeutung der Soltauerausbäder verbreitete sich der 2. Vorsitzende in längeren Ausführungen. In der nächsten Zeit wird Herr Dr. Keifer sich einen Vortragszyklus halten mit dem Thema: „Was haben wir zu thun bis zur Ankunft des Arztes?“ Die Ausloosung der gezeichneten Quittungen findet in einer späteren Versammlung statt. Am Sonnabend wurde nur die Zahl der Quittungen festgesetzt, welche zur Auszahlung gelangen sollen. Herr Krüger stellte die dankenswerthe Anrege an die Beichter von Quittungen, nach der Ausloosung die Gelder dem Reservefonds einzuführen, mit der Angabe, daß auf diese Weise weitere Mittel gesammelt würden, durch die der Verein in der Lage ist, andere Aufgaben und Pläne zu verwirklichen.

Am Montag, den 5. Mai.

Die Beseitigung der Beamtenkantionen ist man nunmehr auch in Rostock nähergetreten. Künftig soll dort von den anzustellenden Beamten ohne Ausnahme keine Kantion mehr eingefordert werden. — So folgt eine Stadt der anderen; nur in unserer Vaterstadt denkt man ondscheinend in nächster Zeit noch nicht an die Beseitigung der Kantionen, diesem Hemmschuh für intelligente, aber unbemittelte junge Leute.

**Schont die Unlagen!** Dieser Mahnruf muß zur Zeit, da die Saison der Spaziergänge ins Freie und der Landpartien wieder beginnt, laut erschallen, da in manchen Menschen mit dem Frühlings erwachen sich auch der Zerstörungstrieb mehr als sonst geltend zu machen scheint. Natürlich sind es vornehmlich Kinder, denen manches Schöne in die Augen steht und die unbewußt ihre Zerstörung an Wald und Unlagen ausüben. Oft ist es jedoch Boswilligkeit und Gedankenlosigkeit, durch welche den Unlagen Schaden zugefügt wird. Erwachsene, insbesondere Eltern und Lehrer sollten unermüdlich dahin wirken, den Gemeinsinn zu wecken, der stärker wirkt, als Polizeiverordnungen und Androhung von Strafen. Sollen die Unlagen, die zur Erholung und Erfreilung der Besucher errichtet sind, in gutem und zweckmäßigem Zustand erhalten bleiben, so muß auf die Mithilfe aller gerechnet werden. Das gilt nicht nur bezüglich der Gärten und Unlagen im Oste, sondern auch derjenigen auswärts und auch des Waldes.

**Mit der Strandung des Dampfers „Louise**

**Horn“ am 27. April an der Nordspitze von Langeland beschäftigte sich das Seeamt in seiner letzten Sitzung. Das**

**Unglück ereignete sich am hellen Tage, während der zweite Steuermann Witt vom Kapitän mit der Führung des Schiffes betraut war; etwa 1 Stunde vor dem Aufstoß hatte der Kapitän das Kommando abgegeben. Der letzte Befehl des Kapitäns für den am Ruder stehenden Matrosen lautete auf Süd  $\frac{3}{4}$  West-Kurs. Er hatte dem Steuermann, der dieses Fahrwasser nicht kannte, aufgetragen, diesen Kurs beizubehalten. Während nun der Steuermann sich auf kurze Zeit entfernte, um sich in den Karten zu informieren, hat der am Ruder stehende siebzehnjährige Matrose eigenmächtig den Kurs nach Süden hin geändert, trotzdem ihm vom Steuermann die Beibehaltung des alten Kurzes befohlen worden war. Durch diese Veränderung des Kurzes kam der Dampfer den Sandbänken Langelands sehr nahe. Als der Steuermann wieder an Deck kam, fragte er den Matrosen, ob er noch denselben Kurs steuere, was dieser mit Ja beantwortete. Trotz dieser unwahren Behauptung bemerkte der Steuermann sofort die Veränderung; er hielt dieselbe aber ohne Weiteres gut. Unmittelbar darauf erfolgte die Strandung. Erst nach Löschung eines Theiles der Kohlenladung wurde das Schiff wieder flott. Der Reichskommissar rügt das Verhalten des Steuermanns auf das Allerschärfste. Nur dieser allein habe in leichtfertiger Weise die Strandung verschuldet. Auch sei es unverantwortlich, daß seitens des Steuermannes keine Peilungen vorgenommen worden sind. Der Matrose war sich der schweren Verantwortung seiner That nicht bewußt. Der Kommissar hat, dieses Mal noch von einer Patententziehung bei dem Steuermann Abstand zu nehmen; hoffentlich lasse es sich der 24jährige junge Mann zur Warnung dienen. Das Seeamt füllt folgenden Spruch: „Der Unfall ist durch Stromversetzung verursacht. Der zweite Steuermann hat denselben verschuldet dadurch, daß er der Navigierung nicht genügende Aufmerksamkeit geschenkt hat.“**

**Gewerbegericht.** Die am letzten Donnerstag anstehenden Sachen endigten sämtlich zur Zufriedenheit der Parteien.

Auf Ausstellung eines ordnungsmäßigen Entlassungsscheines klagte der Giegeleiarbeiter L. gegen den Besitzer E. Ersterer war entlassen worden, ohne daß ihm ein Zeugnis ausgestellt worden war. Beklagter erklärte sich vor dem Gewerbegericht zur Ausstellung eines Zeugnisses bereit. — Zum Niethen wäre in solle der Schiffsbaumeister M. von seinem Meister St. verwendet werden; der Lehrling weigerte sich jedoch, diese Arbeit zu verrichten. Er wurde hierauf entlassen; aus diesem Grunde strengte M. gegen St. Klage auf Wiedereinstellung an.

**Strafensperre.** Wegen vorzureichender Begebau-

arbeiten ist der Glashüttenweg, von der Grenze des inneren

Begebiets bis zum Grundstück der Lübeckwerke, vom

Montag, den 5. d. M. ab bis auf Weiteres für den Fuhr-

werksverkehr gesperrt.

**Von der Hütte.** Zeitschrift für das Volk und seine Jugend ist soeben das dritte Heft (Maiheft) erschienen. Aus dem Inhalte des Heftes heben wir hervor: Der Zukunft Krone. Gedicht von Clara Müller. — Mairiesieg. Von R. E. — Der Sieg des Schwachen. Erzählung von Welsch. Meyer. (Fortsetzung.) — Lied der Armen. Gedicht von Karl Henzell. — Der Burenkrieg. Ein Überblick. Von Rudolf Krafft. — Das neue Evangelium. Von Julian Borchardt. (Fort.) — Spruch. Von Ludwig Uhland. — Aus dem Haushalte des Ruckucks. Von Dr. E. Hey. — Das Glück von Edenhall. Gedicht von Ludwig Uhland. — Constantine Meunier. Von Carl Meissner. — Das Maifest der Arbeiter. Von Dr. A. Südekum. — Trost. — Nobelette von Alexander L. Kielland. (Fort.) — Politik. — Notizen. — Kunstbeilage: Der Lastträger von Meunier. — Wir können das Abonnement auf diese Zeitschrift jedem vorwärts strebenden Arbeiter auf das Angelegentlichste empfehlen. Bestellungen auf diese Zeitschrift nimmt die Buchhandlung von Fr. Meier u. Co. entgegen.

**kleine amtliche Nachrichten.** Der Senat hat den Dr. iur. O. G. Schwarzkopf auf sein Amt zum Rechtsanwalt bei dem Haussäcken Oberlandgericht zu Hamburg, bei dem Landgerichte der freien und Hansestadt Lübeck und des Fürstenthums Lübeck, sowie bei dem Amtsgerichte dieselbe zugelassen, nach seine Verdienste berücksichtigt. — In das Handelsregister ist eingetragen: 1) die Kommanditgesellschaft in Flama Brooker & Co. in Lübeck. Besitzlich bestreiter Gesellschafter ist der Kaufmann G. G. Brooker in Lübeck. Es sind vier Kommanditisten bei der Gesellschaft berücksichtigt. Die Gesellschaft hat am 24 April 1902 begonnen; 2) bei der Firma Wilhelm Malz in Lübeck. Der Kaufmann Heinrich Stender in Lübeck ist jetzt Inhaber der Firma; 3) bei der Firma Lüders u. Sarge in Lübeck: Dem Wilhelm Lüders in Lübeck ist Profur ertheilt.

**Aus unserem Soldatenkalenderalbum.** Recht nette und liebenswürdige Vorgesetzte scheinen der Feldwebel Eickert, sowie die Unteroffiziere Bracke und Günther vom 1. Seebataillon zu sein, welche sich vor dem Kriegsgericht in Kiel wegen Soldatenmisshandlungen zu verantworten hatten. Bei den geringsten Anlässen versetzten die Angeklagten den Seesoldaten heftige Ohrenfeigen, Pfiffe und Stoße. Eickert wurde wegen Misshandlung seines 21. Fällen zu 4 Wochen gelindem Arrest, Bracke wegen 2 Fällen zu 9 Tagen gelindem Arrest und Günther, der schon einmal wegen ähnlicher Schinderei vorbestraft ist, wegen 5 Fällen zu 4 Wochen Mittelarrest verurtheilt. Bei Eickert kam nervöse Überreiztheit mildend in Betracht.

Ob Fessigkeiten wurden am gestrigen Tage eine Person wegen Bettelns und eine Person wegen Trunkenheit.

**Stöcksdorf.** **Maifeier.** Trotz vielfacher Anfechtungen hat Stöcksdorf, wie in früheren Jahren, auch in diesem Jahre seine Maifeier gehabt. Ein arrangierter Ausflug, welcher morgens seinen Anfang nahm, bewegte sich unter Begleitung einer Musikkapelle nach Elbhorst, die verschiedenen Ortschaften berührte. War auch das Wetter nicht besonders günstig, so war die Stimmung der Theilnehmer desto besser und bewies die Zahl derselben, daß sie die Bedeutung des Tages richtig begriffen hatten.

**Stöcksdorf.** Zur Begeitung für die Parteigenossen! In folgenden Wirthschaften liegt der „Volkssbote“ aus: Randt, Max, Lange und

in Marktstraße, Bäckerei und Käse in Stöcksdorf. Von diesen Wirthen geben Randt und Lange in Stöcksdorf, Bäckerei in Stöcksdorf und Käse in Mori ihre Lokale auch zu Vermietung an. Die Fackenburg erbraucht stellt nicht einmal, wie die Erfahrung lehrt, ihr Lokal zu Gemeindebürgerversammlungen zur Verfügung. Die Parteigenossen, insbesondere die Linken werden hierauf aufmerksam gemacht.

**Stocksdorf.** Eine Parteisitzung findet am Donnerstag Abend 7½ Uhr bei F. L. Baetau statt. Um zahlreichen Besuch seitens der Genossen wird ersucht.

**An die Bewohner des Fürstenthums Lübeck.** In letzter Stunde machen wir die Bewohner nochmals darauf aufmerksam, daß die Grundbesitzer ihrer Schulen und vorzüglich anzumelden haben. Formulare à 5 Pf. sind bei den Gemeindevorsteher zu haben. Diese ausgefüllten Formulare sind spätestens bis zum 6. ds. Mts. Morgens, abzusenden an den Vorstand des Schäfungsausschusses ihrer Gemeinde in Cattin, Regierungsbau.

**Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete.** In dem Maifestzug in Rostock beteiligten sich etwa 1500 Personen. Abends hatten sich ca. 1800 Festteilnehmer in 2 Lokale versammelt, in denselben hielt Gen. Dr. Herzfeld seine Ansprache. — Da die Forderungen der Schneider bei der Firma Hagemann in Rostock voll bewilligt sind, ist der Streik aufgehoben worden. — Der Streik der Zimmergesellen in Shilt hat nach der „A. B.“ schon nach drei Tagen in Folge Einigung der Parteien sein Ende erreicht. Beheimigt waren im Ganzen 49 Gefallen. Sie erreichten eine Erhöhung des Stundenlohns von 43 auf 47 Pf. Ihre ursprüngliche Forderung betrug 50 Pf. — Der Schneiderstreik in Flensburg ist nach achtwöchentlicher Dauer zu Ungunsten der Arbeiter beendet. — In Hamburg sind ferner anlässlich der Maifeier 196 Steinseher und 176 Männer auf die Dauer von sechzehn Tagen ausgesperrt worden. — Die wegen Beheiligung an der Maifeier ausgesperrten Arbeiter des Werkes „Vulkan“ in Begasack beschlossen, am Montag die Arbeit wieder aufzunehmen. — Der verantwortliche Redakteur der „Norddeutsche Volkszeitung“ August Klemm, wurde von der Strafkammer in Geestemünde wegen Beleidigung der Polizeibehörde zu 100 Mark Geldstrafe verurtheilt. In einer bereits früher stattgefundenen Verhandlung erhielt unser Genosse 200 M. Geldstrafe; das Urteil wurde aber vom Reichsgericht aufgehoben.

**Kleine Chronik der Nachbargebiete.** Infolge Abwögens eines großen Stückes Salzmasse erlitt auf dem Palivier Fessenich bei Lübeck ein Bergarbeiter schwere Verletzungen. — Der Malermeister Nissen in Glücksburg hatte die dortige Kirchafasse, deren Rechnungsführer er war, um 1495 M. Geld widerrechtlich erleichtert, indem er dasselbe für sich verwandte. Unter Annahme mildernder Umstände verurtheilte die Strafkammer den Nissen zu sechs Wochen Gefängnis. — Die aus der Hambuger Fronanstalt in Friedriksberg entwichenen, August Kusendorf und Schlächter Viktor Müller sind, wie der „Samb. Corp.“ meldet, in der vergangenen Nacht bei einem Einbruchstäbstahl in Hamburg abgeführt und in Haft genommen worden. — In Altona erhängte sich ein Marinesoldat aus Furcht vor Strafe. — Der Bahnhofmeister Kümmel wurde Sonnabend Vormittag auf dem Hambuger Rangierbahnhof überfahren. Er ist seinen Verletzungen erlegen. — Der Norddeutsche Lloyd in Bremen beförderte im Monat April 16 773 Auswanderer, gegen 950 im Vorjahr. Vom Januar bis April belief sich die Auswanderung auf 53 169 Personen, gegen 40 848 Personen im gleichen Zeitraum des Vorjahrs. — Das Wilhelmshavener Kriegsgericht verurtheilte einen Matrosen-Artilleristen, der in der Trakenheit einem Vorgesetzten den Gehorsam verweigerte und ihn mißhandelte, zu 6 Jahren 3 Monaten Gefängnis und Entfernung aus der Marine.

**Hamburg.** Zwei Kriegsgerichtsurtheile, die zum Vergleich herausfordern. Der Musketier N. war am Abend des 1. April verpflichtet, für seine Stubengenossen Kaffee aus der Küche zu holen. Er hatte die richtige Zeit versäumt und es war noch sehr schwierig, Kaffee zu beschaffen. Als der Stubenälteste, ein gewöhnlicher Soldat, dem N. den Befehl gab, auf jeden Fall Kaffee zu besorgen, antwortete dieser: „Das thue ich nicht!“ Der Stubenälteste drohte nun dem N., ihn im Falle der Beigeitung melden zu wollen, worauf N. antwortete: „Dann hau' ich Dich in die Schnauze!“ Das Kriegsgericht verurtheilte den N. wegen Widerzeichnung zu 6 Monaten Gefängnis! — Während einer Inspektionstage erregte der Musketier N. den Zorn des Unteroffiziers K. Der Unteroffizier ließ sofort sämtliche Schemel bei Seite stellen, die Korporalschaft Kniebeuge machen und instruierte die Leute in dieser Körperhaltung weiter, nach seiner eigenen Angabe etwa 12 Minuten lang, nach Angabe der Soldaten eine Viertelstunde lang. Dabei mußten die Soldaten die Arme wagerecht nach vorne gestreckt haben. Bevor diese Prozedur losging, hatte der Unteroffizier dem K. schon zwei Bäckerpfeifen gegeben. Während der Kniebeuge trat der Unteroffizier dem K. zwei Mal mit dem Fuß in's Gesäß und als K. nun den Banch vorstreckte, nahm der Unteroffizier ein Gewehr vom Tisch und stieß den K. mit dem Kolben gegen den Leib, so daß K. rückwärts gegen seinen Hintermann fiel. Auch der Musketier N. war schwach geworden und hatte die Arme etwas sinken lassen. Dafür erhielt er von dem Unteroffizier einen so heftigen Stoß mit der Faust vor die Brust, daß er gegen einen Schemel stieg. Das Kriegsgericht verurtheilte den Unteroffizier dem Antrage des Vertreters der Anklage genauso zu 18 Tagen Mittelarrest! — Kommentar überflüssig!

**Hagenow.** Auf den Holzkrieg machen sich die Agrarier gefaßt. Hier, wo der konservative Vorsitzende der Bollarkommission Reitich gewählt ist, erklärte in der Generalversammlung des konservativen Wahlvereins für den ersten mecklenburgischen Wahlkreis Graf Gassewig, man könne auf Seiten der Landwirtschaft mit voller Ruhe festbleiben, solange man handelsverträge nicht aufzulösen, könnte es die Landwirtschaft schwierig fallen, einige Jahre auszuhalten.“ Einzelne Redigier ermunterte den Bund der Landwirthe einer Erhöhung der Industriezölle entgegenzuarbeiten.

**Freisinnige Prinzen-Schmiede.**  
Der bekannte Wochenbläuter des „Hamb. Echo“ widmet den läbischen „unentzogenen“ Volksparteilern aus Anlaß der geplanten Prinzen-Kandidatur folgende fröhliche Schmiede-Sprüche:

Wir sind Demokraten  
Und sind liberal!  
Vor unseren Thaten  
Da singt man einmal!  
Jauch!

Das Lübecker Städtlein,  
Das ist Republik,  
Für uns Demokraten  
Ein böses Geschick!  
Jauch!

Wir müßten gern leben  
Die Stiefel des Herrn;  
Doch wie wir uns stecken,  
Der Herr ist ja fern.  
Jauch!

Dann, leider, wir haben  
Nicht Fürst und nicht Thron  
Bei all' unsern Gaben  
Winkt niemals uns Lohn.  
Jauch!

Dann blicken voll Schmei  
Wir jetzt nach Berlin,  
'neu Prinzen entstehen  
Sind außer Reichh'.  
Jauch!

Bring Heinrich vor Allen,  
Der mächtige Mann,  
Der möcht' uns gefallen,  
Weil gondeln er kann.  
Jauch!

Der hat die Schmei  
Und Pantens besucht;

Wir haben's gelebt  
Und haben gesiegt  
Jauch!

Er fragt, wie bescheiden,  
Spanzt die Fackl,  
Wo vor den Mongolen  
Ja heute noch graust  
Jauch!

Die Parades dagegen  
Sagt freudlich er an  
Und hat allerwegen  
Viel Wirkung gehabt.  
Jauch!

So ist er seit neulich  
Gar sehr populär;  
Das ist uns erfreulich;  
Wir hören ihn her.  
Jauch!

Mit dem Kandidaten,  
Da glückt unter Spiel;  
Wir haben berathen,  
Gesonnen so viel.  
Jauch!

Wir wählen und werben  
Bei Jnd' und bei Christ  
Und wollen verderben,  
Wer wider aus ist  
Jauch!

Was Brodzeit und Hunger!  
Das ist uns egal!  
Ein Prinz kommt, ein junger,  
Bei uns doch zur Wahl,  
Jauch!

Wir können dann losfern  
Von Vandalenverrat —  
Und mit unserm Pollern,  
Da machen wir Staat.  
Jauch!

Und soll' es mißglücken  
Und ginge es schief —  
Wir boalten den Rücken  
Doch bringen so tief —  
Jauch!

Und als wir dem Prinzen  
Die Stiefel geklebt,  
Der Freisinn mit Grinsen  
Gehorsam verdeckt!  
Jauch!

### Briefkasten.

**S. Friedenstrafe.** Wenn der Schaden lediglich auf Unfertigkeit des Lehrlings beruht, ist selbstverständlich jede Schadensersatzpflege völlig abgeschlossen; denn das ist es ein Lehrling, der erst noch lernen soll. Anders ist es natürlich, wenn der Lehrling mutwillig oder aus überer Absicht den Schaden verursacht haben sollte.

S. C. in St. Komme. St.

### Lübecker Marktpreise vom 8. Mai.

Bauern-Butter 1,05 M., Meierei-Butter 1,15 M., Hosen Std. — M., Enten Std. — M., Hühner Std. 1,90 M., Küken Std. — M., Tauben Std. 0,55 M., Gänse Pf. — M., Südgans — M., Schweinskopf 0,50 M., Schinken Pf. 95 Pf., Wurst Pf. 1,20 M., Eier 12 Std. 60 Pf., Kartoffeln 10 Pf. 50 Pf., Karpen Pf. 1. — M., Karlsfisch Pf. 80 Pf., Hechte Pf. 60 Pf., Barsche Pf. 60 Pf., Kal Pf. 0,80 M.

### Großmarkt-Hamburg.

Hamburg. 3. Mai

Der Schweinekopf verleiht gut.  
Gegeißelt weibl. 1480 Std., davon vom Röder —, vom Sader —, Siedl. Preise: Seniorenpferde — M., Herdenbüffel jährl. 57 — 58 M., leichte 57 — 58 M., Schaf 48 — 54 M. und Ziegen 55 — 57 M. pr 100 Pf.

### Schnell und reell. Fünhausen 28. Herrenschuhe mit Fleck 1,90 M., Damenschuhe mit Fleck 1,40 M.

Bei 25 M. in Voss ein Paar Schuhe mit Flecken gratis.

Für die vielen Geschenke und Glückwünsche zu unserer Silbernen Hochzeit sagen Allen, sowie dem Bananenarbeiterverband, unseren besten Dank.

**L. Ahlgrenn und Frau.**

Giebel, den 2 Mai 1902.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zu unserer Silbernen Hochzeit sagen wir allen Verwandten und Bekannten unseren besten Dank.

**W. Meyer u. Frau, geb. Ahrens.**

Ein gut wähl. Zimmer nach vorne zu sofort zu vermieten  
Schützenstraße 21 a, II., Hohenfelde.

1 Paus für 1 oder 2 junge Leute  
Gr. Kielau 4.

**Ges. tüchtige Schuhmachergesellen**  
Beschäft.-Assekt. Berndorffstraße 20.  
J. Kalkhorst.

Eine guete zweitl. Bettwelle mit Bett wegen Mangels an Platz billig zu verkaufen  
Regimentsstraße 37, I.

**Fahrrad überholt, 25 M.**  
Regimentsstraße 4.

Beginn Sterbealls zu verkaufen: Ein ziemliches Haas mit 3 Wohnungen mit Vor- und großem Hintergarten (Burgdorf). Näheres unter E. H. an die Trop. d. Blätter.

**Verkaufe geliebende Magnum-**  
bonnes-Kartoffeln, 200 Pf. 3 M.  
J. Küller, Schmidauer Allee 123.

**Fußboden-Oel**  
süß und sehr stark, per Pfund 50 und 60 Pf.

**Reinh. Büsen**  
Arnimstraße 1a.

**Hutlacke**  
in allen Farben  
bei

**Reinh. Büsen**  
Arnimstraße 1a.

**Achtung!**  
**Flugschiffer!**

**Mitglieder-**  
**Versammlung**

am Mittwoch den 7. Mai  
Beginn 8½ Uhr

in Vereinshaus, Johannisstraße 50/52  
Zugangschein wird in der Versammlung be-  
holt gewünscht.

Der Vorstand.

Generalversammlung für den gesamten Zeitraum mit Aussicht der Zukunft „Südost und Ostseegebiete“, sowie der mit J. St. geeigneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verleger: Theodor Schwarz.

Generalversammlung für die Zukunft „Südost und Ostseegebiete“, sowie die mit J. St. geeigneten Artikel und Notizen: Friederike Meyer & Co. — Aussicht in Süden.

## „Die Güte“

Zeitschrift für das Volk und seine Jugend.

Monatlich 2 Hefte à 25 Pf.

Zu beziehen durch die

**Buchhandl. Fr. Meyer & Co.**

Johannisstraße 50.

Im Verlage von R. Lipinski in Leipzig ist erschienen und durch unsere Buchhandlung zu beziehen:

### Bibliothek des praktischen Wissens.

- Nr. 1. Die Kunst der Rede, M. 1.  
Nr. 2. Das Ehe- und Familienecht, M. 0,75.  
Nr. 3. Das Vermögensschutzrecht, M. 0,75.  
Nr. 4. Das Erbrecht und die Testamente, M. 0,75.  
Nr. 5. Das Recht der unehelichen Kinder und der Kinder-  
mutter, M. 0,75.

Zu beziehen durch die

**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**

**Streichfert. Oelfarben,**  
**Leinöl, Firniß,**  
**Carbolineum,**  
sowie sämmtliche  
**Bürsten- und Pinselwaaren**

empfiehlt  
**John Becker, Derne-**  
**strasse 29.**

Bethend der Feuer-, Land-, Fuß-  
arbeiter u. Schreiner Deutschlands

(Gesamt 8 M.)

am Dienstag den 6. Mai

Beginn 8½ Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50/52

Tages-Ordnung:

1. Ansprache unserer Mitglieder.

2. Sitzung der Verbandsangelegenheiten.

3. Gemülden.

4. Verabschiedung.

Die Ortsverwaltung.

Prim. Haalbiesel, Arbeitsschuhe,  
Segeltduchschnüre, sämmt. Kinder-  
u. Damen-Fahzeug, Hüte, Mützen,  
Kappen, Hemden, alle Arbeiter-Gar-  
deroben, Gruben-Anzüge, Wäsche,  
Cravatten, Schürzen, Wollwaren,  
Woll- und Baumwolle, diverse  
Manufactur

empfiehlt bestens und billig

**Bad. Kracht, Boizenburger Allee 40.**

N.B. Sämtliche obigen Artikel auch zu haben

bei Karl Wille, Schlatz.

**Fabrikarbeiterverband**

**Schwartau-Pensfeld.**

Sämtliche Kollegen, welche von  
der Aktien-Gesellschaft und der Koch-  
schen Schiffswerft wegen Feierns am  
1. Mai ausgesperret worden sind,  
wollen sich wegen der Unterstützung  
am Mittwoch den 7. Mai, Abends  
von 7—9 Uhr, im Verbandslokal,  
Panzert-Schwartau, melden.

Die Ortsverwaltung.

Bei 25 M. in Voss ein Paar  
Schuhe mit Flecken gratis.

**Uhren reinigen . 1,50**

**Federn einschenken . 1,50**

**1 Jahr Garantie.**

**Uhrgläser 1. Qual. 0,30.**

**Aug. Büttner,**

**Uhrmacher.**

**Würstraße 22.**

**Arbeiter-**

**Radfahrer-**

**Verein Lübed.**

### Mitglieder- Versammlung

am Dienstag den 6. Mai

Abends präc 9 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52.

Tagesordnung wird in der Versammlung fe-  
laut gemacht.

Der Vorstand.

### Einladung

zu dem

am Dienstag den 6. Mai

stattfindenden

### Eröffnungs-Ball

in meinen vollständig neu ren-  
ovirten Lokalitäten.

Es lädt ergebenst ein

**A. Hasse,**

**Gesellschaftshaus,**

**Johannisstraße 25.**

Anfang 8 Uhr.

Entree: Herren 75 Pf.

Damen frei.

### Tivoli-Lübeck.

Gastspiel des renommierten

**Fritz Reuter-Theaters.**

Ohne Souffleur! Elegante Ausstattung!

Montag den 5. Mai:

### Onkel Bräsig.

heiteres Charakterbild in 5 Akten von W. Hasse.

Aufführung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Borverfaßt bei: J. H. Lenschan, Gr.

Burgstraße 7 n. F. W. Kaibel, Musikalien-

handlung, Breitestraße 35.

Dienstag den 6. Mai:

### Onkel Bräsig.

Programme à 10 Pf. an der Kasse.

Alles Röhre durch Blasen und Tageszeitung.

**Die Direction.**

# Beilage zum Lübeder Volksboten

Nr. 104.

Dienstag, den 6. Mai 1902.

9. Jahrgang.

## Kapitalsinteressen und Technik.

Die Maschinenfabrik auf Ullien Ludwig Loewe u. Co. hat im letzten Geschäftsjahr einen Neingewinn abgeworfen, der die Ausschüttung von 12 Proz. Dividende zuließ: ein jedenfalls sehr günstiges Ergebnis. Da aber die Herren Aktionäre in den letzten Jahren 24 Proz. einkießen konnten, waren sie über ein solches Resultat sehr erfreut und wurden bei der Generalversammlung rappelvoll. Einer dieser Herren, Stadtrath Meyer aus Charlottenburg, gab dabei — nach dem Bericht des „Berliner Tageblatt“ — folgende Ansichten zum Besten: „Zwar sei die Fabrik mustergültig, aber zu „opulent“ gebaut; der Aussichtsrath habe im Vorjahr einige hunderttausend Mark in die Fabrik hineingebaut und jetzt seien wieder 300 000 M. zur Verbesserung der Einrichtungen ausgegeben. Er fordere daher im Interesse der Aktionäre, daß damit aufgehört werde. Der Leiter der Fabrik, Kommerzienrat Loewe, führte dagegen aus: Die Verbesserungen waren durchaus nicht überflüssig, sondern man war gezwungen, sie zu machen, um — gegen die amerikanische Konkurrenz aufzukommen. Die Fabrik baut in erster Linie Werkzeugmaschinen, und die Amerikaner haben im Jahre 1900 für 26 Millionen Mark solcher Maschinen nach Europa geschafft, im Jahre 1901 für 20 Millionen. Diese Gefahr legte der Fabrikleitung den Schluss nahe, daß die Herstellungskosten in Deutschland zu hoch seien. Man schickte daher Ingenieure, Meister und Arbeiter nach Amerika, damit sie sich dort über die Fabrikation unterrichten. Die Folge dieser Studienreise war dann der Umbau der Fabrik. Jetzt sei die Fabrik auf folgendem Prinzip aufgebaut: „Die Räume müssten so angelegt werden, daß der Arbeiter nicht überflüssige Gänge zu machen braucht. Ferner wurden den Arbeitern die besten Werkzeuge in die Hand gegeben und sollte die einzelne Arbeitskraft bestmöglich ausgenutzt werden. Hierzu sei es aber auch notwendig, den Arbeiter gut zu bezahlen und ihn in guten, sauberen und hellen Räumen unterzubringen. Gerade in dieser Beziehung sei der Amerikaner dem Deutschen weit voraus.“

Herr Stadtrath Meyer repräsentiert hier so recht den Durchschnittsaktionär: Mag alles Andere der Teufel holen, die Papierchen sollen hohe Dividende abwerfen! So ein Dividendenjäger rechnet nicht die außerordentlich hohen Dividenden in der Zeit des Aufschwunges als Extraprofit, sondern er will diesen Profit auch in der schlechten Zeit; er möchte dann Löhnekürzen und überhaupt sparen, sparen, sparen! Das ist seine ganze Weisheit. Herr Kommerzienrat Loewe ist anderer Art: Der will die „einzelne Arbeitskraft bestmöglich ausnutzen“, aber er kommt zu dem Resultat, daß das eben nur möglich ist, wenn alle Errungenschaften der Technik angewendet werden. Ja, er kommt sogar zu dem Schluß, daß man den Arbeiter gut bezahlen muß! Damit sagt nun Herr Loewe durchaus nichts Neues. Es ist nämlich ein theoretisch und praktisch seit langer Zeit feststehender Satz, daß die intensive, im hohen Grade qualifizierte und zur Vollendung gebrachte Arbeit des gut bezahlten Arbeiters weit profitabler ist, als die des stumpfen, gleichgültigen, wenig geschickten, rüdigständigen — weit billigeren Arbeiters. Der russische Arbeiter ist billiger als der deutsche, der deutsche billiger als der amerikanische, aber im Resultat zeigt sich, daß der Profit, den der amerikanische Unternehmer einheimst aus dem Mehrwert, den der teurere Arbeiter erzeugt, am höchsten ist. Nun ist es aber recht charakteristisch, daß Herr Loewe jetzt erst zu diesem Satz sich bekehrt hat; früher war nämlich die Loewesche Fabrik nicht gerade im besten Ruf bei den Berliner Arbeitern. Und was hat den guten Mann bekehrt? Die amerikanische Gefahr! Das Wohlergehen der deutschen Arbeiter kommt nicht besonders in Betracht. Sie haben früher in der schlecht eingerichteten Hude ihre Kraft vergeudet; die Räume waren unzweckmäßig, dunkel und dreckig, und das wäre auch so geblieben, wenn — nicht die

Amerikaner ihre schönen Maschinen zu billigem Preise auf den Markt gebracht hätten. Jetzt war das Vaterland in Gefahr, jetzt mußte es anders werden.

Die Lehre dieses Beispiels sollten aber die Arbeiter beherzigen, wenn ihnen die superlügen Verfechter der Schutz-Zollpolitik mit dem Gerede vom „Schutz der nationalen Arbeit“ kommen; wenn sie ihnen einreden, daß es im „Interesse des Arbeiters als Produzenten“ liege, sich gegen die amerikanische Konkurrenz abzusperren. Herr Bodadowsky will ja nichts Geringeres, als die amerikanische Konkurrenz auf dem Gebiete der Maschinenproduktion lahmlegen, und er führt in der That hier auch die Interessen des Arbeiters ins Feld. Unser Beispiel aber lehrt ganz etwas Anderes: Wird der Zoll erhöht, dann werden die Preise in die Höhe geschaust und der brave Herr Meyer hat Aussicht, mit seinen Wünschen durchzudringen: 24 Proz. Dividende, Lohnkürzung und Sparpflicht. Wird dagegen der Zoll herabgesetzt, dann bleibt es nur einen Ausweg für die Herren Unternehmer: Verbesserung der Technik; diese aber erfordert dann hochgelohnte und tüchtige Arbeiter. Schutz-Zoll ist heute nichts Anderes als eine Prämie auf den Rückstand, die Schlampelei, die veraltete Technik; Freihandel zwingt den Kapitalisten, im eigenen Interesse alle Errungenschaften der Technik anzuwenden. Im Interesse des Arbeiters aber liegt der Fortschritt, nicht der Schleidan.

Aus diesem Grunde muß der Arbeiter für Freihandel plädieren.

## Soziales und Partelleben.

**Hafenarbeiterstreit.** In Mannheim legten 120 Hafenarbeiter die Arbeit nieder. Es handelt sich um die Abwehr empfindlicher Lohnkürzungen. Zugang ist streng fernzuhalten.

Das Parteiarchiv ist, wie bekannt, seit vorigem Herbst der öffentlichen Benutzung für wissenschaftliche Arbeiten zugängig und wird fleißig in Anspruch genommen. Es ist aber notwendig, daß das Archiv möglichst vollkommen wird und stetig auf der Höhe bleibt, d. h. eine Unstalt wird, in der die gesammelte die deutsche Arbeiterbewegung betreffende Literatur vorhanden ist und denen zugänglich gemacht werden kann, die sich mit Studien über diese Bewegung beschäftigen. Um diesen Zweck zu erreichen, ist es notwendig, daß das Unternehmen von allen Betheiligten systematisch unterstützt wird, daß die Verleger sozialistischer Schriften, die Vorstände der Landes- und Provinzial-Organisationen, die Gewerkschaften und die Arbeitersekretariate, kurz alle Stellen, die sich mit Veröffentlichungen im Interesse der Arbeiterbewegung befassen, diese unentbehrlich an das Archiv gelangen lassen. Und zwar sollte dieses nicht nur mit den von jetzt ab erscheinenden, sondern auch mit den bereits erschienenen Veröffentlichungen geschehen. Es sind im Archiv noch erhebliche Lücken auszufüllen. Auch nach anderer Richtung hin kann für das Archiv noch viel geschehen. Mancher Parteigenosse dürfte aus früheren Jahrzehnten — namentlich aus den sechziger und siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts und aus den Zeiten des Sozialistengesetzes — noch im Besitz von Veröffentlichungen sein, die er gerne dem Archiv zur Verfügung stellt, um der Allgemeinheit einen Dienst zu erweisen. Solche Zusendungen sind hoch willkommen. Gelangt auch das Archiv vielleicht auf diese Weise in den mehrfachen Besitz mancher Veröffentlichungen, so ist dieses kein Fehler. Ferner sind auch Wahlblätter und Briefe von Personen, die in der Bewegung eine Rolle spielen, willkommene Erwerbungen. Es braucht nicht darauf hingewiesen zu werden, wie außerordentlich nützlich ein möglichst vollkommen ausgestattetes Archiv ist, in dem vereinigt wird, was sonst nirgendwo zu finden ist. Eine große Zahl der im Laufe der Jahrzehnte erfolgten Veröffentlichungen dürfte in wenigen Jahren überhaupt nicht

mehr aufzutreiben sein, weil dieselben auf buchhändlerischen Wege nie vertrieben wurden, wie auch vielfach heute noch wichtige Veröffentlichungen erfolgen, die dem Buchhandel nicht zugängig gemacht werden. Alle diese Schriften sind der Zukunft so gut wie verloren, wenn nicht die Partei in ihrem Archiv eine Stätte schafft, an welcher der Forcher alle mit der Bewegung im Zusammenhang stehenden Veröffentlichungen vorfindet. Die Sendungen sind zu richten: An das Partei-Archiv, pr. Abr.: Deffentliche Bibliothek und Börsensalle, Berlin SW., Alexandrinenstr. 26.

**Die sozialdemokratische Partei Spaniens.** „El Socialismo“, das Organ Enrique Ferris, bringt einen Artikel aus der Feder Paola Iglesias über die spanische sozialdemokratische Partei, der wie folgende Einzelheiten entnehmen: Die Partei hat zur Zeit 73 Sektionen mit 8000 eingeschriebenen Mitgliedern; die lose Anhängerchaft ist natürlich eine viel stärkere, bei den letzten Wahlen wurden 24 000 Stimmen für die Kandidaten der Partei abgegeben. Außer dem Zentralorgan „El Socialista“, das in Madrid erscheint, werden noch Wochenblätter herausgegeben in Bilbao, Santander, Barcelona, San Sebastián, Vigo, Ferrol, Valenza, Micante, Palma de Mallorca und Bredo. Ferner sind drei vierzehntägig erscheinende Blätter vorhanden. Die Gesamtzahl der Parteiblätter ist 25 000. Die Partei ist in elf Gemeinderäten vertreten, darunter in Bilbao durch acht Gemeinderäte. Die Meisten dieser Gemeinderäte könnten erst bei den letzten Wahlen im November vorigen Jahres erobert werden. Die Taktik der spanischen sozialdemokratischen Partei — so sagt der Verfasser — sei heute noch dieselbe wie zur Zeit ihrer Gründung. Sie befindet sich in stricker Opposition zu allen bürgerlichen Parteien. Eine geringe Aenderung habe sie auf dem letzten Kongress in Madrid erfahren. Dort wurde beschlossen, daß, wenn den politischen Freiheiten von Seiten der reaktionären Parteien einsame Gefahr drohe, dann ein Zusammenschluß mit den demokratischen Elementen herbeizuführen sei. Seitdem die Partei an den Wahlen teilnimmt, d. h. seitdem das Wahlrecht überhaupt besteht, hat noch keinerlei Parteilösung oder Kompromiß mit irgend einer bürgerlichen Partei stattgefunden. Abgesehen davon, daß das Prinzip des Klassenkampfes dies verlangt, trügen in Spanien noch besondere Umstände dazu bei, ein Zusammensehen mit den bürgerlichen Parteien zu hindern. Einer derselben sei der, daß in Spanien keine Stichwahlen stattfinden; der Kandidat, der die meisten Stimmen erhält, ist gewählt, gleichgültig, wie viel mehr die anderen Kandidaten auf sich vereinigen. Dazu komme, daß die Partei bei den Wahlen den Hauptverlust auf die Stimmenzahl legt; ein anderer Grund sei ferner der, daß dem Verbrechen der Politiker so wenig Glauben beizumessen sei. Die Konservativen wie die fortgeschrittenen Parteimänner seien immer nur auf die Erhaltung ihrer Parlamentsplätze bedacht.

Die spanische sozialistische Partei kennt auch nicht den Unterschied zwischen Reformisten und Revolutionären, der Sozialist sei hier zugleich Reformist und revolutionär, denn es könne nicht die Aufgabe der Partei sein, nur für die Errichtung von Reformen zu arbeiten oder bloß Propaganda für die letzten Ideale zu machen, sondern die Ausbreitung dieser sei der Vortheil jener. Ohne Reformen sei es nicht möglich, das Endziel zu erreichen, ohne Ideale sei keine Kraft vorhanden zur Erfüllung von Reformen. Bezüglich des „Fall Millerand“, der wahrscheinlich auf dem nächsten Parteikongress, der im September in Gijon stattfindet, zur Sprache kommen werde, glaubt Iglesias versichern zu können, daß die Partei in ihrer Mehrzahl gegen den Beitritt eines oder mehrerer Sozialisten in ein bürgerliches Ministerium sei. Man habe die Verherrigung eines Sozialisten an einem bürgerlichen Ministerium nicht für den geeigneten Weg, Reformen zu erlangen. Man dürfe nicht einen der eigenen Besten zum Komplizen der Beschützer menschlicher Ausbeutung machen; die spanischen Sozialisten glaubten, daß die

## Muttersohn.

Roman von Arthur Zapf.

16. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.  
Dem so schmählich Gescholtenen stieg zuletzt ebenfalls der Zorn zu Kopfe, und seine Empfindungen machten sich in ein paar bittern Worten Luft. Natürlich er — Karl — war ja der Stiefsohn. Für ihn sei nie Geld vorhanden gewesen. Von klein an habe man ihn zurückgesetzt. Er habe keine hohe Schule besuchen dürfen. Mitti vierzehn Jahren habe er schon selbst sein Brod verdienen müssen, damit nur ja alles an den Goldlohn gewandt werden konnte. Selbst für dessen leichtfertige Streiche sei Geld dagewesen. Damit der Referendar den vornehmen Herrn spielen könne, müsse er auch jetzt wieder zurückstehen. Ob er nun mit den Seinen in Not gerichte, darum kümmerten sie sich nicht, wenn nur „Ottos“ nichts abginge. Aber diese Ungerechtigkeit werde sich noch einmal an den Eltern selber rächen.

Die Mutter hatte sich bis jetzt ganz passiv verhalten. Auf der einen Seite empfand sie Karls Begehrten wie einen Eingriff in die Rechte ihres Jüngsten. Sie hatte die dunkle Empfindung, daß Otto einmal das Geld des Vaters bis zum letzten Pfennig benötigen würde. Und nun kam Karl und wollte den Rest für sich im Anspruch nehmen. Auf der anderen Seite aber befand sie Gerechtigkeitsgefühl genug, um nicht gegen Karls Verlangen Einspruch zu erheben. Erst seine höhnenden Worte veranlaßten auch sie, sich in den Streit zu mischen.

„Du solltest Dich schämen,“ schalt sie, „Dich immer an Deinem Bruder zu reiben. Kann denn Otto dafür, daß Du jetzt in der Bedrängnis bist? Weil er Gaben hatte und Du nicht, deshalb haben wir ihn auf die hohe Schule geschickt. Hab' ich's Dich je empfunden lassen, daß Du nicht mein rechter Sohn bist? Hab' ich Dich nicht mit Liebe gepflegt

wie den andern? Hab' ich nicht an Deinem Bett gewacht, wie Du krank warst? Und nun kommst Du mir so? Der Vater wird wohl wissen, was er tut, wenn er Dir das Geld verweigert. Mit Otto ist das ganz was andres. Da ist kein Risiko, keine Spekulation. Jeder Groschen, den wir für seine Ausbildung hergeben, trägt einmal seine sicherer Zinsen. Du solltest Dich schämen, ihm jede Mark zu neiden und uns jeden einzelnen Groschen vorzuhalten, den wir an ihn wenden.“

In Karl flammte brennende Entrüstung empor. Statt der erwarteten Hilfe bittere, schelende Worte. Er schnellte herum und schrie zur Thür. Da drehte er sich noch einmal um und rief voll bitteren Zornes zurück: „Vielmehr wegen,wickelt ihr doch in Watte, den Muttersohn, und vergoldet ihn Euch und macht Euch zum Narren mit ihm. Er wird es Euch schon noch mal vergelten, wie Ihr's verdient!“

\* \* \*

Ottos befand sich in verzweifelter Stimmung. Seine Wechselschulden waren mit Zinsen und den Kosten, die die mehrfachen Prolongationen verursacht hatten, auf viertausend Mark gewachsen. Herr Holzapfel, der zuerst die Gefälligkeit und Sanftmuth selber gewesen, zeigte sich plötzlich hart und gefühllos wie ein Stein, und während er früher den leichtfertigen Schuldenmacher immer in dem Glauben gelassen, daß er sich gedulden würde, bis Otto eine Anstellung erhalten hätte, erklärte er plötzlich, daß er noch vor dem Amtsreferendexamen bezahlt werden müsse. Vergebens war alles bitten und Flehen, er blieb unerbittlich. Wenn Ottos nicht zahlte, so bleibe ihm weiter nichts übrig, als die Anzeige an den Herrn Präsidenten zu erstatten, und dann sei es mit dem Amtsreferendexamen vorbei. Otto würde dann gar nicht zugelassen, und mit der schönen Karriere sei es ein für allemal aus.

Ottos war außer sich. Er wählte gegen den Bucherer, gegen sich und seinen Leichthus, ja, sogar gegen Kollegen

v. Markwald ließ er sich zu heftigen Vorwürfen hinreißen, so daß es zwischen ihnen beiden zum förmlichen Brüche kam. Freilich, Ottos Situation wurde dadurch nicht im geringsten gebessert. Markwald konnte ihm überhaupt nicht helfen, der hatte mit sich selbst zu thun.

Die tiefe Muthlosigkeit erfaßte den Leichthus. Wenn der Bucherer seine Drohung wahr mache und die Sache an die große Glocke hing, dann erfährt auch der Kammergerichtsrath Göring davon, und dann war es nicht um seine Karriere als Jurist geschehen, dann würde auch nie etwas aus der Verwirklichung der süßen Träume, mit denen sich seine Phantasie während der letzten Monate so lebhaft beschäftigt hatte. Was er in Konstanz' Augen bei jedem Besuch deutlich las, was aus ihren Mienen, ja aus ihrem ganzen Wesen zu ihm sprach, ließ sein Herz in wonnigen, stolzen Schauern hoch aufklappen. Und darum mußte er um jeden Preis verhindern, daß der Bucherer ihn vor bestandenem Examen verklage.

So schwer es ihm wurde, er entschloß sich, seinem Vater offen seine Lage zu entdecken. Freilich, der würde schwelen und toben und ihm die ehrenrüstigsten Dinge ins Gesicht sagen, aber schließlich würde er doch wohl zahlen. Gewiß, das würde er. Sobald Einssehen und sobald Interesse für seine — Ottos — Zukunft würde er doch noch besitzen. Aber trotz dieser trostlosen Versicherung, die sich der leichtfertige Schuldenmacher selbst gab, verschob er die Ausführung seines Entschlusses von Tag zu Tag. Schließlich machte er sich dennoch eines Mittags auf den Weg nach der Rügener Straße. Seit acht Tagen hatte er es bei seinen gelegentlichen Besuchen in der elterlichen Wohnung einzurichten gewußt, daß er dem Vater nicht begegnete. Er hatte immer das Gefühl gehabt, wenn er den Augen des Vaters begegnete, so würde ihm der Angenommen vom Gesicht ablese.

Die Fähne flapperten ihm wie im Lieberstroß zusammen, während er nun die Rügener Straße hinabschritt.

beste Methode die sei, durch eigene Kraft einen immer größeren Einfluss auf die öffentlichen Gewalten zu erlangen. Von allen Parteien sei sie am besten organisiert und diszipliniert; das größte Hindernis ihrer Ausbreitung sei die erschreckende Unwissenheit des Volkes. So werde es z. B. der Agitation der Partei und der Gewerkschaften, auf welche die Partei großen Einfluss habe, zu danken sein, wenn das der Kammer unterbreitete Streitgesetz nicht durchgehe oder doch stark modifiziert werde.

Die Generalstreitsidee, für welche die Anarchisten und auch etliche Republikaner in den Volksmassen Propaganda machen, hat in der Sozialdemokratie entschiedene Gegner gefunden; das Sozialisten seien gewiß nicht Gegner gut vorbereiteter Streiks, die nach reislichem Abwagen beschlossen seien, was sie bekämpfen, das seien jene Ausbrüche der Verzweiflung, die nur zu Gunsten der Kapitalisten enden könnten. Sie suchen bei den Massen die Illusion zu zerstören, daß mit und durch den Generalstreik die gesellschaftliche Umwälzung durchgeführt werden könnte, sie suchen die Überzeugung zu verbreiten, daß der Generalstreik nur zu Gewalttätigkeiten treibt, der immer brutalere Unterdrückungsmaßnahmen folgen. Dieser steile Kampf gegen die Anarchisten ist nicht umsonst gewesen; dem „Allgemeinen Arbeiterbund“ gehören bereits 250 Gewerkschaftsgruppen mit 30 000 Mitgliedern an.

## Aus Nah und Fern.

**Kleine Chronik.** Der Blitz erschlug auf den städtischen Hofsiedlern in Braunschweig eine Arbeiterin und lämpfte eine zweite. — Wie aus Braunschweig gemeldet wird, sprang bei Altena ein Reisender, der die Station verschlafen hatte, aus dem fahrenden Zug, geriet unter einen entgegenkommenden Zug und wurde vollständig zermalmt. — In dem Eifeldorf Halßlag, Kreis Brün, sind zwölf Wohnhäuser, siebzehn Nebengebäude und die katholische Kirche abgebrannt. Das Feuer soll durch Fahrlässigkeit entstanden sein. — Im Sauerland versuchte der Birtch Martin Sponagel in Lüdinghausen seinen 12jährigen Stieffjohann zu ermorden. Er lockte ihn in den Keller und gab zwei Revolverkugeln auf ihn ab, wovon einer eine schwere Verlezung der Hand herbeiführte. Sponagel, der als Motiv die von seiner Frau eingeleitete Scheidungslage angiebt, wurde sofort verhaftet. — In der Oberbayerischen Gemeinde Egling bei Augsburg wurde der dem Tode ergeben gewesene Tagelöhner Marquardt im Felde erfroren aufgefunden. Die Temperatur war über Nacht bis drei Grad Raumur unter Null gefallen. Die außergewöhnlich reiche Obdulthe soll gelitten haben. — Kaltes, regnerisches Wetter herrscht seit einer Woche in der Früh. Am 29. April wütete im Süden der Früh ein Schneesturm. — Nach einer Meldung aus Kapstadt wurde die Prinzessin Katharina Radziwill wegen Fälschung von Belegschaften auf den Namen von Cecil Rhodes zu 2 Jahren Haft, ohne Zwangsarbeit, verurtheilt.

**Dekorationsspuppen gesucht.** In dem Anzeigenteil eines Berliner Börsenblattes findet sich folgende Annonce: „Es sind noch einige Aufsichtsratsstellen eines großen Aktiengesellschaftsunternehmens an einflussreichen Personen von edellosen Stoff zu vergeben...“ — Mit den „einflussreichen Personen“ muß natürlich vor allem die Aktiengesellschaft glänzen können. Also Titel, womöglich adliger Name, sind die Hauptsuche; denn damit singt man harmlose Leute für den Aktienkauft an ehesten. Auch Kunden lassen sich dadurch vielleicht herbeiladen, so daß die Aufsichtsratsmitglieder gleichzeitig als eine Art von Agenten der Gesellschaft fungieren. Zu verfechten brauchen sie offenbar nichts vom Geschäft. Wo zu am! Sie erhalten doch nicht ihre Tasten, um dem Vorstand das Handwerk zu pfuschen.

**Eine militärische Grunerung.** Am 1. Mai waren es 100 Jahre, daß beim militärischen Gruben die bis dahin bestandene Vorchrift für das Abnehmen des Hütes aufgehoben wurde.

**Karl Marx und Bismarck's Nächte.** Die „Neue Zeit“ veröffentlicht eine Anzahl Briefe, die Karl Marx an seinen Freund Dr. C. Engelmann gerichtet hat. In einem dieser Briefe berichtet Marx folgendes über seine Fahrt von Hamburg nach London, die er am 10. Juni 1867 unternommen hatte: „Die Überfahrt von Hamburg nach London war, etwas ruhiges Wetter den ersten Tag abgesehen, im Ganzen günstig. Einige Stunden vor London erreichte ein deutsches Frachtschiff, das mir schon durch seine militärische Haltung aufgefallen war, sie wollte denselben Abend von London nach Bremen hinaus fahren abfahren und wußte nicht, wie sie das mit ihrem vielen Gepäck anstellen sollte. Der Kapitän war am so schlimmer, als am

Mehr als einmal blieb er stehen, und die Idee schoß ihm durch den Kopf, doch lieber umzukehren und anderwohl sein Heil zu versuchen. Der alte wurde ihm ja doch das Geld nicht geben. 4000 Mark! Darauf sollte der Kapitän mit einem Boot trennen? Das brachte der Bater im ganzen Leben nicht fertig.

Aber wohin soll wandern, an wen? Auch hatte er keine Zeit mehr zu verlieren. Das Meiste lag ihm an der Gedanke, Börger Ritter um jährließ sie der Höflichkeitserweise des Kapitäns ab, und dann kam der Wechselprozeß und zugleich die einzige an seine Börgerlichkeit.

Das bis die Zähne angesäuerte und legte den Rest des Weges in einer Steigung zurück, wie etwa ein ganz Ende bewohnter Gebrecher, wenn er sich zu seinem letzten Gang aufmacht. Auf der Treppe machte er ein paar Mal Halt ansetzen. Wenn er nur erst die eingelieferten Worte hinter sich hätte! Da kam ihm plötzlich ein Gedanke: Das mögte Bater befürchten — ja! Sie mögte zerspielt mit Salz sprechen und den ersten Stock befürchtigen. Und wenn ihn dann die Baterin einigermaßen beruhigt hätte, dann trat er — Otto — aus dem Schenkenraum heraus und sprach ein verunsichriges Wort mit dem Alter. Der alte würde sicher mit sich reden lassen. Und wenn er ihn dann so weit hätte, dann ginge er gleich mit zur Bank, um den Mannen zu empfangen zu müssen.

Aber diese häßliche Zukünftigkeit hielt nicht lange an. Als er vor der Konditorei stand, ging das Jalousiapparett wieder los. Die Befüllung trieb ihm den kalten Schweiß auf die Stirn. Ein häßliches Gesicht glitt ihm in den Nacken, und seine erschöpfte Phantasie malte ihm manchmal das Bild des jungen Alters, wie er mit erhöhter Hand auf ihn zugegangen war.

Sabbath hilfreiche Hände in England fehlen. Ich ließ mir die Eisenbahnstation zeigen, wohin das Fräulein sich in London zu versetzen. Freunde hatten sie auf eine Karte geschrieben. Es war die „Northwestern Station“, an der ich auch vorbeizufahren hatte. Ich bot also, als guter Bitter, dem Fräulein an, sie an Stelle abzuzeigen. Bei näherem Nachdenken fiel mir jedoch ein, daß Weston supra Mare s' il b w e s t l i c h, die von mir zu passende und dem Fräulein niedergeschriebene Station dagegen n o r d w e s t l i c h liege. Ich konultierte den Sea-Captain. Richtig, es handelt sich, daß sie an einem mir ganz entgegengesetzten Theil Londons zu deportieren sei. Doch ich war einmal engagiert und mußte bonne mine à mauvais jeu (gute Miene zum bösen Spiel) machen. Um 2 Uhr Nachmittags kamen wir an. Ich brachte la donna errante (das herumtrende Fräulein) zu ihrer Station, wo ich erfahre, daß ihr Zug erst 8 Uhr Abends abgeht. So, I was in for it (dann war ich verpflichtet) und hatte sechs Stunden mit Mademoiselle durch Spazierengehen im Hyde-Park, Niederlassen in Ice schops usw. P u t t k a m e r hieß, M i c h e l l e B i s m a r c s, bei dem sie eben einige Wochen in Berlin zugebracht hatte. Sie hatte die ganze Armee bei sich, da diese Familie unser „tapferes Kriegsheer“ überreichlich mit Herren von Ehr' und Taille versteift. Sie war ein munteres, gebildetes Mädchen, aber aristokratisch und schwarz-weiß bis zur Nasenspitze. Sie war nicht wenig erstaunt, als sie erfuhr, daß sie in „rothe Hände“ gefallen sei. Ich tröstete sie jedoch, daß unser Rendezvous „ohne Blutverlust“ abgehen werde, und sah sie saine et sauve (frisch und gesund) nach ihrem Bestimmungsplatz absfahren.“

**Ein gefährlicher Mensch.** Das bayerische Justizministerium erfuhr den Landtag um die Erlaubnis zur strafrechtlichen Verfolgung eines Uebelthäters, der kürzlich im Hofbräuhaus die Kameraden besiegt haben soll. Die beleidigte Anerkennung sei nach der Anzeige der Schuhmannschaft in Gegenwart eines Landtagsabgeordneten erfolgt. Der schreckliche Verbrecher, der es gewagt hat, die indirekte bayerische Volksvertretung zu „beflecken“, ist der Kunstmaler Ditterich. Er hat gesagt: „Die Abgeordneten könnten nichts, als im Hofbräuhaus sitzen und täglich 10 Pf. Diäten einzunehmen.“

**Strafbares Mitleid.** Kürzlich berichtete die Berliner „Vollzeitung“ von dem entsetzlichen End in zwei Rummsburger Familien, wo die Kinder dem Verhungern nahe waren, weil die Mütter stark und die Väter, zur Zeit der großen Arbeitslosigkeit, trotz aller ihrer Bemühungen um Arbeit keine Beschäftigung fanden. Der Lehrer eines der jüngeren Mädchen, dem er in der Schule mit seinem eigenen Frühstück mitleidig über den nagenden Schmerz des Hungers hinweghalf, war von seinen Wahrnehmungen so erschüttert, daß er von seinen Erlebnissen in der Familie erzählte. Diese Erzählung veranlaßte den Bürgermeister des Bezirks, von diesem Missleid ergriffen, den Fall kroßen Elends öffentlich zu schildern. Die Veröffentlichungen hatten den Erfolg, daß den beiden Arbeitslosen die heimlich ersehnte Arbeit verschafft werden konnte. Für den Lehrer sollte die Sache allerdings noch ein unangenehmes Nachspiel haben: Ein Kommissär der Regierung zu Potsdam nahm mit dem Lehrer, in dessen Klasse sich die Kinder der beiden armen Eltern befanden, eine lange Verhandlung von etwa einer Stunde in Gegenwart des Schulspektors und des Rektors auf. Bald erhielt der Lehrer ein sehr ungünstiges Schreiben der Regierung, in dem es zum Schlusshießt, daß sein Verhalten den wenig Überzeugung und von geringer Liebe für seine Schülerschaften zeige und daß ihm die Regierung dafür ihr „missfälliges Gedankenspricht“! ... So wird christliche Nächteleib in Preußen belohnt!

**Amerikanische Kindererziehung.** An einer katholischen Schule in Leigh (England) waren eine Anzahl Pflegekinder von der Armenverwaltung abgegeben worden, im ganzen zehn Mädchen im Alter von 2—16 Jahren. Sie waren alle gesund abgegangen und kamen, nachdem sie aus den Händen der Schulschwestern befreit worden waren, zurück in folgendem Zustande: 1. Sechzehnjährig: an fünfzehn Pfund verloren, Körper und Unterwäsche schmutzig; will ausgehängt worden sein. 2. Fünfzehnjährig: Körper und Unterwäsche schmutzig; beschlägt sich über mangelhafte und schlechte Kleid. 3. Achtfjährig: zu einem Sälat abgemagert. 4. Vierjährig: Gried, Läuse, schwächlich. 5. Zweijährig: Kopfschädel entzündet, Fleisch zwischen den Beinen bloßgelegt und blutend. 6. Achtfjährig: Hautenschlag von Kopf zu Fuß fast verloren etc. Im ganzen kam vor den zehn

Er nahm alle seine geistige Kraft zusammen. Vorsichtig und leise schob er den Drücker in das Schloßloch und drückte. Auf dem halbdunklen Gang blieb er langsam stehen. Vor dem Schlafrimmer lag, daß am Ende des Gangs lag, drangen laute Stimmen. Sie waren es beide, Bater und Mutter. Der Lauscher atmete auf. Auf den Gehörspielen schlich er in die Küche hinein. Hier wurde er warten, bis die Mutter herauskam, um abzuwaschen, während sich der Bater zu kurzem Schlummer niederlegte.

Fast eine Stunde stand er still mitten in der Küche, um sich zu verstecken und den tobenden Herzschlag sich möglichst zu lassen. Die junge löste ihm am Gaumen. Er war innerlich wie ausgedörrt. Ah, wie erfrischend der frische Wassers wirkte, das er vorsichtig jedes laute Geräusch vermeidend, in eine ihm gerade zur Hand stehende Tasse laufen ließ.

Ganz ruhiger ließ er nun die Blüte wahrschweifen. Dort auf dem kleinen Tisch am Fenster standen noch die Teller mit den Speisenresten vom Mittagbrot. Seit die Eltern allein waren, pflegten sie in der Küche zu essen. Und da es in einem Stadt hing die Bedeutung des Baters, die er auf seinen Befehlungen für die Firma um den Hals gehängt zu tragen pflegte.

Eine häßliche körperliche Erfüllungserung durchfuhr den jungen Mann, als das Blut schoß ihm angestromt in das gesicht erlöste Gesicht. Wer die Lausche besaße, die sich in dem unscheinbaren Federwerk gehörten gekonnt hätte!

Wie ein Magnet zog ihn die Bedeutung an, und unwillkürlich fuhr seine zitternde Hand tappend daran herum. Ein häßlicher Gedanke blieb ihm durch den Kopf. Zu

Mädchen ein einziges in leiblichem Zustande zurück. Die katholische Diät bestand aus Thee und Butterbrot für Frühstück, Käse und Nachtmahl, Kartoffelsuppe (viermal in der Woche) oder Reis- oder Ebenenbrühe ohne Brod als Mittag. Alles schlecht und in ungenügenden Quantitäten; Fleisch nur zu ganz besonderen Gelegenheiten. Gebadet wurde nicht. Die Kinder erhielten jedes eine Nummer und durften sich nur mit dieser, nicht aber bei ihrem Namen ansprechen.

Über das spanische Gottesgründenthum plaudert ein genauer Kenner der spanischen Zustände, Dr. Hans Barlow, Madrid, im „Tag“ allerhand pikante Kleinigkeiten aus; es heißt da u. A.: „Heute ist es mit der Dynastie der Bourbons, die ja in Spanien zu keiner Zeit fest im Sattel gesessen hat, durch die Fehler der Dynastie so weit gekommen, daß jeder Spanier, auch der sozial, physisch und moralisch tiefstehende und verkommenste, es für sein gutes Recht hält, seinen König noch tiefer als sich zu stellen. Das hat aufgehört, daß die Spanier auf ihre politischen Rechte und auf ihre Freiheit eifersüchtig sind, in dem König einen verkappten Tyrannen wittern und sich aus diesem Grunde über ihn zu erheben trachten. Es ist weiter nichts wie das weit hin sichtbare moralische und physische Eiserstehen, das bei den spanischen Königen des 19. Jahrhunderts augenscheinlich war und das bei dem Kind, das heute im Begriff ist, die Regierung anzutreten, von vorhersein vorangelebt wird. Die Majestätsbeleidigung ist in Spanien so allgemein, so alltäglich, gehört in allen Kreisen so sehr zum politischen Sprachgebrauch, daß sie auch dem Ausländer, der zuerst stutzt, schon nach wenigen Wochen nicht mehr auffällt. Die Gesetzenheit, daß sie von Alters her in Spanien nicht bestraft wird, und die Gesetzenheit der spanischen Könige und überhaupt aller Spanier, in dieser Richtung nichts übel zu nehmen oder gar zu denunzieren, hat zur Verallgemeinerung der Majestätsbeleidigung beigetragen. Wer die spanische Geschichte des 19. Jahrhunderts kennt, der weiß, daß die Hauptstadt die Leute selber tragen, indem sie, nachdem sie von ihren Eltern zu Zeugen von Stuensee-Ereignissen gemacht worden, durch die Erinnerung an einen schwachen Vater und eine gefallene Mutter gewissermaßen jenseits von Gut und Böse und jedes Glaubens, jeder Pietät gestellt wurden und diese Erinnerung auf ihr öffentliches und privates Leben rückwirkten ließ. Ferdinand VII. nahm den Eindruck des Chebruchs zwischen seiner nicht mehr jungen Mutter und dem Glücksling Godoy in Leben und Regierung hinüber und wurde, unterstützt durch gewisse Charaktereigenschaften, der treulose, wollüstige und grausame Wicht, von dem, wenn man seine Handlungen aufreihet, es kaum glaublich erscheint, daß er ein europäischer Herrscher des 19. Jahrhunderts gewesen ist. Seine Tochter ist jene Königin Isabella, die es so stark und anhaltend trieb, daß ihr schon regierender Sohn Alfons XII. es für geboten hielt, seine Schwestern von ihrer Mutter zu trennen — die sich aber berufen konnte auf die Abenteuer der eigenen Mutter, der schönen Königin Marie Christine. Aber auch an dem frisch verstorbenen König Alfons war nicht viel Gutes; und das Beste immerhin dasjenige, was die Spanier seine arranques, Auswallungen, nannten: er ließ sich manchmal von dem Pflichtgefühl fortreißen, ging zu Fuß und nur von einem Bekannten begleitet, unter den Parisern spazieren, die ihn bei seinem Einzug insultiert hatten, und besuchte gegen den Willen seiner Regierung die Cholerakranken in Granada. Wer aber zu Alfons Zeiten in Spanien gelebt hat, der weiß, daß diese arranques zu wenig Licht für so viel Schatten waren. Die dunklen, unheimlichen Abenteuer des Königs und seiner Mignons, die gleich nach dem Tode seiner ersten Gemahlin Mercedes ihren Anfang nahmen, und während der Ehe mit der österreichischen Erzherzogin, der sechzigen Regentin, die aus diesen Gründen bekanntlich einmal nach Österreich entwich, immer zahlreicher wurden; Abenteuer, bei denen Menschen, die sich dem König in den Weg stellten oder ihn überraschten, von des Königs eigener Hand oder der seiner Vertrauten gefallen sein sollen: Abenteuer, die sogar die eigene Gemahlin einmal dadurch zu verhindern versuchte, daß sie sich mit dem Revolver in der Hand — einer der Mignons, ein alter, grauer Herr, soll dabei angehoffen worden sein — zu ihm hinzutritt verschaffte, — das alles hatte eine Gärung im Volk geschaffen, die so groß war, daß der König, als er starb, für sich gerade zur rechten Zeit starb. Denn der kleine, unscheinbare Mann war die Revolution, dadurch, daß er alles that, um sie zu provozieren.“

**Heiteres.** Wißverstandnis. Arzt (zum magenleidenden Studenten): „Wovon leben Sie denn jetzt hauptsächlich?“ Student: „Vom Kredit!“

jedem Vierteljahr kam es einmal vor, daß der Vater von den Verwaltern der großen Häuser, die die Bank in der Hauptstraße des Gesundbrunnens besaß, die falligen Mietzeh abhob. Um sich Zeit zu sparen, pflegte der Vater dieses Geschäft kurz vor seiner Mittagspause zu besorgen, um nicht zweimal den weiten Weg von der Bank nach dem Gesundbrunnen machen zu müssen. In der Regel geschah dieses Entlassen der Mietzeh zwischen dem Dritten und Schluß in jedem Quartal. Heute war der vierte April. Wenn es der Zufall fügte, daß gerade heute der Vater die Gelder abgeholt hätte? Dann brauchte er nur einfach die Hand auszustrecken, um sich in den Besitz der Summe zu setzen, deren er so dringend bedurfte.

Der Grübelnde stieß ein kurzes trockenes Lachen aus und fuhr sich mit der Hand über die Stirn. Verkäuf! Etwas so Unfassbares auch nur zu denken! Mit Dingen, die überhaupt außer dem Bereich der Möglichkeit liegen, sollte sich ein vernünftiger Mensch gar nicht beschäftigen. Etwas so Wahnsinniges, etwas so schrecklich Gemeines, kam für ihn überhaupt nicht in Betracht. Für ihn gab es in seiner Lage nur eins: dem Vater offen zu befehlen, daß er wieder Schulden gemacht habe, und ihn herzlich zu bitten, noch einmal für ihn zu bezahlen. Der Vater würde wohl oder über das Blut hergeben, und die Sache war erledigt.

Die Brust des jungen Mannes hob sich unter einem erlösenden Athemzug, und er ließ sich in den Stuhl fallen, die Hand vom Tische mit einer entschiedenen Bewegung zurückziehend. Sein Blick richtete sich wieder freier in die Höhe.

(Fortsetzung folgt.)